

Stadt Halle (Saale)
22.02.2001
Kommunalbüro

N i e d e r s c h r i f t

der 18. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)
am 21.02.2001 - *ö f f e n t l i c h*

Ort: Stadthaus, Festsaal
Zeit: 14.10 Uhr bis 18.10 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitslisten im Anhang der Niederschrift

Die 18. öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **Bönisch**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 42 Mitglieder des Stadtrates (74%) anwesend.

Zur Tagesordnung:

Abzusetzen sei der Antrag unter TOP 20.

Aufzunehmen seien folgende Vorlagen:

- Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 5
Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14
Vorlagen-Nr.: III/2001/01283
- Neu- bzw. Wiederbestellung von Mitgliedern des Umlegungsausschusses der
Stadt Halle (Saale)
Vorlage Nr. III/2001/01306
- Sozialplan 2001
Vorlage Nr. III/2001/01241

Änderungen gebe es zu den Vorlagen unter TOP 03,05 und 09.

(Auf Antrag der HAL-Fraktion erscheint ein Wortprotokoll.)

Herr **Walter**, Beigeordneter für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften:

"Also, meine Damen und Herren, zum TOP 03 -(*Verwendung der 105 Mio DM aus den EVH-Erlösen*) darf ich noch sagen, dass die Vorlage insgesamt im Wirtschaftsausschuss in erster Lesung nur behandelt wurde und eine zweite Lesung erfolgt. Aber im Wirtschaftsausschuss und dann noch im Finanzausschuss - der die Nummer 6 des Beschlussvorschlages jeweils

beschlossen hat - allerdings dann im nichtöffentlichen Teil, weil da möglicherweise Frage sind, die im nichtöffentlichen Teil zu beantworten sind. Ich würde bitten, analog hier auch zu verhandeln."

Frau Bürgermeisterin **Szabados**: " Zum TOP 09 - Neuorganisation der Mittagsversorgung in Kindertageseinrichtungen - schließt sich die Verwaltung dem Antrag und dem Votum des Jugendhilfe- und des Sozialausschusses an, d.h. diese Änderung ab 01.08. einzuführen - Finanzausschuss, ja und Jugendhilfeausschuss."

Herr **Bönisch**: "Also Herr Walter, habe ich das richtig verstanden. Sie würden darum bitten, die Punkte 1 bis 5 gar nicht und den Punkt 6 im nichtöffentlichen teil zu behandeln? - Gibt es Meinungen aus den Fraktionen dazu? Bitte, Herr Prof. Schuh."

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion: "Ja, ich würde im Namen meiner Fraktion den Antrag stellen, den TOP 14 von der Tagesordnung zu nehmen, weil er erledigt ist. Sinn des Antrages ist im Grunde genommen, dass - es geht ja hier um den MDV, das ist ein Antrag der PDS - den wir ansonsten ja durchaus mit Wohlwollen betrachtet haben, aber nachdem es klar ist, dass der MDV zum 01.08. in Kraft tritt, ist die Sache erledigt."

Herr **Bönisch**: "Geht die PDS-Fraktion mit dieser Interpretation mit?"

Frau **Krischok**, PDS-Fraktion: "Unsere Experten an dieser Stelle hatten uns Montag klar gemacht, dass es nicht erledigt ist, insofern - tut mir leid - also, es ist nicht für uns erledigt."

Herr **Bönisch**: "Jetzt haben wir also einen Geschäftsordnungsantrag- nein, haben wir nicht.

Wir können das nachher in der Geschäftsordnung, wenn hier kein Konsens dazu erzielt wird...

Stellen Sie jetzt den Geschäftsordnungsantrag, das runter zu nehmen, dann müssten wir dazu eine Mehrheit finden? - Keine Wortmeldungen? Können wir den gleich abstimmen?"

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag

Absetzung TOP 14:

mehrheitlich z u g e s t i m m

t

Herr **Misch**, CDU-Fraktion: "Herr Vorsitzender, ich schlage vor, den TOP 18 und 19 - in beiden Fällen handelt es sich um eine Wahl, nicht wie hier irrtümlich angegeben, um eine Entsendung - in einem Tagesordnungspunkt zu behandeln und die Wahl gemeinsam durchzuführen auf einem Stimmzettel."

Herr **Bönisch**: "Das hat das Kommunalbüro in weiser Voraussicht schon so vorbereitet. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Prof. Kiel, bitte."

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion: "Meine Damen und Herren, auf der Tagesordnung unter Punkt 10 steht der Punkt - Namensgebung von Grundschulen. Hierzu ist zu erklären, dass wir als Bildungsausschuss ganz regulär dazu Stellung genommen haben und diese Vorlage

unterstützen. Aber ich sage gleich zur Information, es hat bei der Abstimmung schon ein paar

Enthaltungen gegeben, weil da ein bisschen ein Problem deutlich wurde, was eben die Namensgebung selbst betrifft. Und nun hat es in den letzten Tagen und heute auch noch vor

dem Ausschuss mehrere Hinweise gegeben von Mitgliedern des Stadtrates, auch von Bürgern,

dass noch einmal zu durchdenken, diese Namensgebung, denn die hat ja die Konsequenz, dass ja z.B. der Name Dorothea Erxleben dann verschwindet aus dem Namen der Schulen und ich möchte also vorschlagen, dass wir noch einmal kurzfristig als Bildungsausschuss trotz des positiven Votums noch einmal die Vertreter der Schulkonferenz dieser Schule einladen zu einer Konsultation und dann das wieder auf die Tagesordnung bringen. Also Antrag des Bildungsausschusses, in dem Falle, heute das aus den genannten Gründen im Interesse der

Sache und einer einvernehmlichen Klärung nicht zu behandeln."

Herr Bönisch: "Herr Dr. Klapperstück, bitte."

Herr Dr. Klapperstück, SPD-Fraktion: "Zu diesem Punkt 10. Ich halte es für vielleicht angebracht, wenn dieser Punkt auch im Gleichstellungsausschuss behandelt wird, denn gerade Dorothea Erxleben ist ein wichtiger Meilenstein gewesen, was die Gleichstellung der Frau angeht."

Herr Bönisch: "Also kann ich da Konsens feststellen zur Absetzung des Punktes 10? - Bitte, dann sparen wir uns die formelle Abstimmung. Und der Punkt soll - das ist also jetzt gewünscht - da er heute nicht behandelt wird, können Sie jetzt auch dazu keinen Antrag stellen - also ist gewünscht, den auch im Gleichstellungsausschuss zu behandeln. Ich denke,

die Vorsitzende wird das berücksichtigen. - Frau Dr. Bergner, bitte."

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion: "Bevor das in den Gleichstellungsausschuss überwiesen wurde von dem Stadtrat - ich weiß, dass es ein Punkt ist, weil ich auch durchgezählt habe. Unter den Namensgebungen bei den Grundschulen sind unter 22 personenbezogenen Namensgebungen nur zwei Frauen, und die eine würde dann auch noch wegfallen. Das ist ein Punkt. Aber in den Gleichstellungsausschuss gehört eine Schulbenennung nicht. Da kann man nur im Konsens mit der Schulkonferenz eventuell Einsicht erzielen, aber in den Gleichstellungsausschuss - muss überprüft werden."

Herr Bönisch: "Eine ordentliche Verweisung hat ja eh nicht stattgefunden, weil der Tagesordnungspunkt heute gar nicht behandelt wird. Der ist schon vorab abgesetzt, da gibt es auch keine Geschäftsordnungsanträge dazu. Also, wie die Ausschüsse damit umgehen, wäre dann zu klären. - Wir haben jetzt also - ich konstatiere - den TOP 03, die Punkte 1 bis 5 heute 'runtergenommen, den Punkt 6 in den nichtöffentlichen Teil verlagert, wir haben den TOP 10 von der Tagesordnung genommen. Der TOP 14 ist von der Tagesordnung, TOP 20 ist gestrichen. Das war dazu. Wir brauchen jetzt dann noch eine Abstimmung zu den drei Dringlichkeitsanträgen, die vorliegen. - Wir sind jetzt inzwischen 42 Stimmberechtigte, so dass also es möglich ist, mit Dringlichkeit die Anträge, die Vorlagen auf die Tagesordnung zu kriegen. Wir brauchen dazu 38 Stimmen. - Gibt es Wortmeldungen dazu noch, zu diesen Aufnahmen? Bitte."

Herr Weiland, HAL-Fraktion: "Es sind bei den Dringlichkeitsvorträgen erneut zwei Vorlagen, die im Zusammenhang mit der BMW-Ansiedlung sind. Wir haben also jetzt schon vermehrt im Stadtrat ständig Dringlichkeitsanträge zu diesem Thema gehabt, und ich bin

langsam an dem Punkt, wo ich der Meinung bin, dass die Verwaltung auch wieder zum geordneten Geschäftsgang übergehen könnte und das in den entsprechenden Fristen vorzulegen. Ich sehe das also nicht mehr unbedingt ein, dass es als Dringlichkeitsvorlage erfolgen muss."

Herr Bönisch: "Herr Walter, bitte."

Herr Walter: "...gerne noch mal Stellung dazu nehmen wollen. Natürlich handelt es sich hier um eine außerordentliche wichtige Angelegenheit, die auch bei uns innerhalb der Verwaltung im Prinzip immer wieder ein spontanes und unmittelbares Handeln erfordert. Und es ist leider nicht möglich, bei den langen Vorlaufzeiten, die wir haben für eine Vorberatung in den Ausschüssen und im Stadtrat diese in diesem konkreten Fall einzuhalten. Ich weiß, dass wir Ihnen als Verwaltung da - den Ausschüssen und dem Stadtrat - viel zumuten, aber ich bitte Sie im Interesse der Sache, das mitzumachen. Wenn Sie das heute so nicht beschließen, kommen wir in einen Zeitverzug, den wir dann nicht mehr aufholen können, und das wäre sehr tragisch. Also, wirklich, meine ganz dringende Bitte - wir können dann auch noch einmal dazu Stellung nehmen - es war uns nicht möglich, das im Vorfeld so einzutakten, dass das ohne Dringlichkeitsvorlage gehen würde, weil die Terminkette so verdammt - Entschuldigung, wenn ich das so sage - wirklich verdammt eng ist. Ende Mai ist für uns Termin, und bis dahin müssen bestimmte Regularien erfüllt sein. Und das ist nur so möglich. Ich kann Ihnen das leider nicht ersparen."

Herr Bönisch: "Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Können wir das insgesamt abstimmen, alle drei? - Einzelabstimmung wird gewünscht. - Dann stimmen wir jetzt ab über das Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan. - Die Vorlagen liegen aber vor. - Wer der Aufnahme wegen Dringlichkeit in die Tagesordnung zustimmen... bitte."

Herr Koehn, SPD-Fraktion: "Ich denke, wir haben jetzt ein Problem. Wir haben eine Bürgersprechstunde, die keine Stunde war. Ich denke, wir sind auch noch auffüllungsbedürftig, und ich möchte vermeiden, dass wir jetzt aufgrund des Zahlenverhältnisses hier eine Entscheidung fällen, die uns weh täte. Ich bitte darum, diesen letzten Antrag zeitlich nach hinten zuschieben, bis vielleicht noch mehr Stadtverordnete da sind."

Herr Bönisch: "Das tut mir leid, Herr Koehn. Wir haben die Tagesordnung vor Beginn der Tagung zu beschließen, und wir können da nicht sagen, wir gucken später noch einmal nach, ob wir noch etwas aufnehmen. Das sieht unsere Geschäftsordnung so nicht vor. Ich meine, jeder Stadtrat muss sich darüber bewusst sein, dass die Einwohnerfragestunde möglicherweise eben nur fünf Minuten dauert. Das ist nun vielleicht eine Crux, aber das ist die Situation, vor der wir stehen. - Bitte, Frau Oberbürgermeisterin."

Frau Oberbürgermeisterin Häußler: "Also, da möchte ich noch einmal von meiner Seite aus darum werben, dass wir diese beiden Punkte auf die Tagesordnung bekommen. Wir sind einfach gar nicht in der Lage, mit unseren normalen Regularien diesen Prozess zu begleiten."

Es geht halt um Wirtschaftsentscheidungen, und Unternehmen sind - das sieht man an dieser Stelle - sehr viel schneller als wir mit unseren demokratischen Abstimmungsgremien. Das ist ja auch in Ordnung so. Aber an dieser Stelle müssen alle Kommunen, die in diesem Prozess irgendwo eine Chance haben wollen, über ihren Schatten springen und versuchen, sich diesen wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen

anzupassen. Deshalb möchte ich noch einmal an Sie appellieren, dem hier wirklich zu folgen, denn ich denke, bis zum letzten Taxifahrer in dieser Stadt weiß jeder, was für eine Bedeutung damit verbunden wäre, wenn es uns gelingen würde, diese Ansiedlung hier für uns zu realisieren. Und es geht jetzt darum, Baurecht herzustellen, und das wird mit entscheidend sein dafür, ob BMW an die eine oder an die andere Stelle geht, weil die natürlich Terminvorstellungen haben, wie schnell sie investieren können. Und dazu, wissen Sie ja, ist der Umlegungsausschuss unbedingt erforderlich, weil es um die Grundstücksklärung geht. Und deshalb möchte ich noch einmal wirklich an Sie appellieren, hier Verständnis zu zeigen und uns hier zu helfen."

Herr Bönisch: "Herr El-Khalil."

Herr El-Khalil, CDU-Fraktion: "Also, ich möchte dafür auch werben, dass wir diese Punkte in die Tagesordnung aufnehmen. Nur eine kleine Bemerkung: Wenn ich von BMW wäre und hier anwesend wäre, dann würde diese kleine Debatte wahrscheinlich mich in Zweifel bringen, ob ich wirklich nach Halle gehen will. Bitte lassen Sie uns jetzt abstimmen und weitermachen, gerade dort, wo Dynamik verlangt wird, da dürfen wir doch bei den Schnellschüssen nicht zu langsam sein. Da muss man mal durch."

Herr Bönisch: "Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir jetzt also zur Abstimmung."

Abstimmung zur Aufnahme
der Vorlage 01283 in TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit z u g e s t i m
m t

Abstimmung zur Aufnahme
der Vorlage 01306 in TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit z u g e s t i m
m t

Abstimmung zur Aufnahme
der Vorlage 01241 in TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit z u g e s t i m
m t

Abstimmung zur Tagesordnung insgesamt: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende T a g e s o r d n u n g bestätigt:

- 01 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 24. Januar 2001
- 02 Genehmigung der Niederschrift der 17. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 24. Januar 2001 (öffentlicher Teil)
- 03 *vertagt, Punkt 6 der Vorlage - nichtöffentlich*
- 04 Berufsbildende Schule I "Max Eyth", An der Schwimmhalle 1-3, 06122 Halle Umbau der Häuser 1 und 2 im Rahmen einer GA-Förderung (75%)
Vorlagen-Nr.: III/2000/01085
- 05 Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale), der Verwaltungsgesellschaft für die Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) und der Halleschen Verkehrs-AG
Vorlagen-Nr.: III/2000/01160
- 06 Erhaltungssatzung Nr. 7 "Gründerzeitliche Hauptgeschäftsstraßen mit Wohnnutzung"
Vorlagen-Nr.: III/2000/01086
- 07 Erhaltungssatzung für das Solbad Wittekind (Erhaltungssatzung Nr. 8)
Vorlagen-Nr.: III/2000/01166
- 08 Umbau des städtischen Gebäudes Anhalter Platz 3 im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt"
Vorlagen-Nr.: III/2001/01229
- 09 Neuorganisation der Mittagsversorgung in den Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2001/01248
- 10 zurückgezogen
- oT 5 Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 5
Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14
Vorlagen-Nr.: III/2001/01283
- oT Neu- bzw. Wiederbestellung von Mitgliedern des Umlegungsausschusses der Stadt Halle (Saale)
Vorlagen-Nr.: III/2001/01306
- oT Sozialplan 2001
Vorlagen-Nr.: III/2001/01241

Wiedervorlage

- 11 Antrag der SPD-Fraktion - betreffs Bewerbung der Stadt Halle (Saale)

für den Sachsen-Anhalt-Tag 2002
Vorlagen-Nr.: III/2000/00911

- 12 Antrag der CDU-Fraktion - betreffend das Fahnenmonument am Hansering
Vorlagen-Nr.: III/2000/01136
- 13 Antrag der PDS-Fraktion - zur Bildung einer Arbeitsgruppe zur Begleitung der
Verwaltungs- und Funktionalreform
Vorlagen-Nr.: III/2001/01216

Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 14 *abgesetzt*
- 15 Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU - zur Modernisierung der
Stadtbibliothek
Vorlagen-Nr.: III/2001/01260
- 16 Antrag des Stadtrates Dieter Lehmann, CDU - zur Verkehrsverbesserung am
Riebeckplatz
Vorlagen-Nr.: III/2001/01261
- 17 Antrag der PDS-Fraktion - zur Einbeziehung der Stadt Halle (Saale) in die
Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie im Hinblick auf eine eventuelle
Bewerbung der
Stadt Leipzig um die Austragung der Olympischen Spiele 2012/2016
Vorlagen-Nr.: III/2001/01267
- 18 Antrag der MBL-Fraktion - Entsendung eines Stellvertreters der Stadt Halle für
die
Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle
Vorlagen-Nr.: III/2001/01270
- 19 Antrag der SPD-Fraktion - Nachwahl für ausgeschiedene SPD-Mitglieder für die
Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle
Vorlagen-Nr.: III/2001/01272
- 20 Antrag *zurückgezogen*

Anfragen von Stadträten

- 21 Anfrage des Stadtrates Mathias Weiland, HAL - Bündnis 90/DIE GRÜNEN - zum
Wasserwerk der HWA Halle-Beesen
Vorlagen-Nr.: III/2001/01257
- 22 Anfrage der CDU-Fraktion - zur Genehmigung eines Wal-Mart-SB-
Warenhauses im Saalepark Günthersdorf
Vorlagen-Nr.: III/2001/01259
- 23 Anfrage der CDU-Fraktion - betreffend die dezernats- und ämterübergreifende

Angleichung von Förderrichtlinien

Vorlagen-Nr.: III/2001/01268

- 24 **Anfrage der CDU-Fraktion betreffend die Einbringung einer Vorlage zur Problematik des Angebots an Bürgerserviceleistungen durch die Verwaltung**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01269
- 25 **Anfrage der MBL-Fraktion - zur Sternstraße**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01271
- 26 **Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif, PDS - zur Beschlussvorlage "Gesonderte Beratung und Betreuung von Personen nach § Landesaufnahmegesetz; Beratungsstellen außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften im Jahr 2001"**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01274
- 27 **Mitteilungen**

**Zu TOP 01- Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten
Beschlüsse der 17. Tagung**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr **Bönisch**, verlas den Inhalt von sechs in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der 17. Tagung des Stadtrates am 24.01.2001.

Zu TOP 02 - Genehmigung der Niederschrift

Herr Godenrath, CDU-Fraktion, äußerte sich zur Niederschrift der 17. öffentlichen Tagung, TOP 12 A. Die Niederschrift zu diesem TOP umfasse ihm zu wenig.

Weitere Anmerkungen gab es nicht.

Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Die Niederschrift der 17. öffentlichen Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 24.01.2001 wurde in der vorliegenden Form - mit der Maßgabe der Erweiterung der Niederschrift zu TOP 12 A - g e n e h m i g t.

Zu TOP 04 - Berufsbildende Schule I "Max Eyth", An der Schwimmhalle

1-3, 06122 Halle, Umbau der Häuser 1 und 2 im Rahmen einer GA-Förderung (75 %) Vorlagen-Nr.:

III/2000/01085

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2000/01085 - Berufsbildende Schule I "Max Eyth", An der Schwimmhalle

1-3, 06122 Halle

Umbau der Häuser 1 und 2 im Rahmen einer GA-Förderung

(75%)

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der Ansätze im Vermögenshaushalt und der mittelfristigen Investitionsplanung den Umbau der Berufsbildenden Schulen I.

Im Rahmen der Budgetvorgabe für das Schulverwaltungsamt erfolgt die Planung der Mittel wie folgt:

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Gesamt
	in TDM							
2.2410.9420.004 Planungskosten	210							
2.2410.9490.004 Planungskosten		800	900			145,0		2.055
2.2410.9420.004 Umbau								
Ausgabe				8.700	4.500	2.706,		15.906
Zuwendung				6.525	3.375	0	668	
VE			8.700	4.500	2.706	1.361,		
						5		
2.2410.9350.004 Ausstattung								
Ausgabe					265	1.635,		1.900
Zuwendung					199	0		
VE						1.226,		
						0		
								19.861

Kosten der Gesamtmaßnahme: 19.861 TDM

davon Eigenanteil 6.506 TDM

Fördermittel 13.355 TDM

Zu TOP 05 - Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag zwischen der Stadt

Halle (Saale), der Verwaltungsgesellschaft für die

Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle
(Saale)
und der Halleschen Verkehrs-AG
Vorlagen-Nr.: III/2000/01160

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, äußerte, diese Vorlage schwirre schon seit geraumer Zeit durch die Gremien. Er und weitere Mitglieder seiner Fraktion hätten doch noch erhebliche Bauchschmerzen mit dem Papier. Die frühere Anlage 4 sei jetzt aus dem Vertrag herausgenommen worden, diene aber weiterhin als Bestandteil der Begründung. Diese Anlage weise in acht verschiedenen Punkten bestimmte Kriterien aus, die zur Bedingung gemacht werden, um den ganzen Vertrag überhaupt machbar werden zu lassen. Er ging auf einzelne Punkte ein.

Was ihm in der ganzen Vorlage fehle, sei eine klare Aussage, wie die HAVAG in den nächsten

Jahren versuchen wolle, ihre Kosten - und da in erster Linie die Personalkosten - nachhaltig zu ändern. Es gebe zwar unter § 4 Absatz 4 zu dem Rationalisierungskonzept eine Bemerkung,

dass sich die HAVAG verpflichte, ihr Rationalisierungskonzept auf eigene Kosten unverzüglich durch ein von der Stadt Halle zu benennendes

Wirtschaftsprüfungsunternehmen überprüfen und gegebenenfalls ergänzen zu lassen. Es sei aber nicht festgehalten, was Inhalt eines solchen

Prüfungsverfahrens sein sollte. Man sollte soweit gehen, dass die HAVAG verpflichtet werde, den Inhalt eines solchen Prüfungskonzeptes zumindest vom Hauptausschuss überprüfen zu

lassen bzw. soweit Einfluss zu nehmen, dass der Aufsichtsrat der HAVAG so etwas initiiere.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, meinte, die Fragen wiederholten

sich und eine Frage kreise immer wieder um die Anlage 4. Er denke, es bestehe breiter Konsens, dass die Anlage 4 nicht mehr Vertragsbestandteil ist, d.h. die Nichterfüllung dieser

Anlagebestandteile sei nicht justiziabel. Alles, was die Anlage 4 beinhalte, sei eine sehr wichtige interne Selbstbindung des Organs Aufsichtsrat, innerhalb der HAVAG abgestimmt. Dadurch, dass die Anlage 4 nicht mehr Bestandteil des Vertrages sei, habe man wesentlich mehr Handlungsfreiheit, ähnlich dem Leipziger Vertrag. Es sei richtig, dass dadurch eine Härte hineingekommen sei; durch Pönalen verstärkt, bekomme die HAVAG in den nächsten fünf

Jahren 2,7 Mio DM weniger, kumuliert über 50 Mio DM. Angesichts dieser Härte habe die Stadt gewisse Angebot in den Vertrag gebracht, dergestalt, dass die Stadt konzessionsbereit sei,

was die Qualitätsstandards angehe. Es sei wichtig, dass man auch hier politischen Konsens habe. Es sei unmöglich, nur zu verlangen, Geld abzuziehen, Rationalisierungsdruck auszuüben und die Augen zuzumachen vor der Bevölkerungsreduktion.

Herr **Krause**, SPD-Fraktion, verwies auf § 10 Absatz 6. Darin sei enthalten, dass die Vertragspartner natürlich in der Lage seien, aus wichtigem Grund den Vertrag zu kündigen. Im übrigen seien die Beschäftigten der HAVAG schon stark in Vorleistung gegangen

in den letzten Jahren, indem Anpassungsmaßnahmen im Personalbereich vollzogen worden seien in Größenordnungen.

Die Eckpunkte, die in der Anlage 4 standen, finde man alle wieder in der Begründung zur Beschlussvorlage, und auf der Basis soll die Beschlussfassung heute vollzogen werden.

Herr **Heft**, PDS-Fraktion, meinte, es sollte allen Stadträten klar sein, dass der heute vorliegende Text im Prinzip der Text sei, der 1999 von vielen Kritikern abgelehnt wurde. Heute sei ein Teil dieser Kritiker im Wesentlichen verstummt. Die Kritik, die 1999 formuliert worden sei, insbesondere die Anlage 4, sei nicht nur in der Begründung genannt, sondern sie sei Vertragsbestandteil, sei verklauselisiert, sei im Text verschlüsselt. U.a. stünden Teile der Anlage 4 in der Präambel, in § 1, in § 4 - die Aufzählung ließe sich fortsetzen.

Insofern könne er die Verzögerung von eineinhalb Jahren nicht nachvollziehen; sie sei sicher auch nicht im Sinne der Mitarbeiter der HAVAG.

Neu im Text sei § 3 Absatz 6, der eine Anpassung des Netzes beinhalte. Die Absicht sei sicher

eine Anpassung des Netzes in dem Sinne, nämlich eine Angebotsreduzierung; allerdings sei es

so geschickt formuliert worden, dass es eine Angebotsausweitung beinhalte. Dieser Passus finde nicht die Zustimmung seiner Fraktion.

Inwieweit dieser Vertrag nach Kenntnis des Entwurfes der sogenannten Marktzugangsverordnung, die im Juli 2000 von der EG-Kommission veröffentlicht worden sei, noch notwendig sei, stelle er als Frage in den Raum. Das EG-Recht beinhalte im Wettbewerbsrecht die Ausschreibung von sogenanntem grenzüberschreitendem Handel und Dienstleistungen. Genau dies sei hier beim ÖPNV, der regional tätig werde, nicht der Fall. Die Ergänzungen, die heute in dem Austauschblatt vorgelegt worden seien, seien noch nicht dem Aufsichtsrat der HAVAG bekannt und sollten unter dessen Vorbehalt der Zustimmung gestellt werden.

Er drückte die Hoffnung aus, dass sich die Stadt an ihre vertraglichen Pflichten halten möge

und diesen Vertrag nicht aus rein fiskalischen Gründen anpasse.

Herr **Bönisch** meinte, die Geschäftsordnung des Stadtrates lasse vorbehaltliche Beschlüsse nicht zu.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, erklärte, man sollte nicht vor lauter Detaildiskussion das Ziel und die Voraussetzung aus den Augen verlieren. Erste Voraussetzung sei, dass die HAVAG eine hundertprozentige Tochter der Stadt Halle sei. Man vertrete hier den Eigentümer dieser

Gesellschaft. Wenn man dieser Gesellschaft etwas zumute, müsse man das auch als Eigentümer tun und nicht als irgend ein Gremium, das glaubt, Verkehrsleistungen irgendwo Ausschreiben zu können. Es sei Zielsetzung gewesen, angesichts dieser europäischen Gesetzgebung dafür Sorge zu tragen, dass die HAVAG als Gesellschaft der Stadt mit reduzierten Kosten in den nächsten fünf Jahren diese Verkehrsleistung für die Stadt erbringen

kann. Diese Zielsetzung verfolge der Vertrag.

Durch die hier vorgesehenen Maßnahmen wolle man für den Fall, dass man Ausschreibungen machen müsse, die HAVAG fit machen für den Wettbewerb. Das seien wichtige Ecksteine, und man könne nicht sagen, man lehne den Vertrag aus den und den Gründen ab.

Wenn man diesen Vertrag nicht abschließe, trete man sich als Eigentümer selber in den Hintern. Auch habe man als Eigentümer eine Fürsorgepflicht für die dortigen Mitarbeiter, die mit diesem Vertrag gewahrt sei.

Die Begründung sei nicht Bestandteil des Beschlusses. In der Begründung stünden ein paar Ungereimtheiten, z.B. diese 1,5 %, die längst erledigt seien, weil es inzwischen entsprechende Verträge zwischen Tarifparteien gebe. Erledigt sei auch der Austritt aus dem

Arbeitgeberverband, dieses Ziel sei erreicht. Auch sei erledigt, dass 3 % Tarifierhöhungen vorgenommen werden müssen; das stehe überhaupt nicht mehr in der Macht der HAVAG, denn der MDV beschließe die Preise.

Er bat, im Interesse der HAVAG dem Vertrag zuzustimmen.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, bat Herrn Dr. Busmann um Bestätigung, dass diese Punkte 1 bis 8 in der Begründung nicht so verbindlich seien, als wenn sie Vertragsbestandteil als Anlage seien.

Herr **Dr. Busmann** erklärte, im Gegensatz zur ersten Fassung der Vorlage 1999/2000 sei die Anlage 4 nicht mehr Vertragsbestandteil, sondern sie sei nur nachrichtlich erwähnt als interne Regelung der HAVAG; sie sei nicht einklagbar, wenn die acht Bestandteile geändert würden.

Es sei auch ein Kündigungsgrund, wenn einer der Bestandteile sich verändere.

Im Gegensatz zu der Aussage von Herrn Heft sei der Vertrag doch in mehreren Punkten geändert worden.

Herr **Köhler**, CDU-Fraktion, meinte, man handele nach dem Prinzip "Wasch' mir den Pelz, aber mach' mich nicht nass". Alle schrien, man wolle in die EU - und dann baue man solch einen Schutzmantel auf. Andere Betriebe hätten diesen Schutz nicht und müssten auch damit leben. Man fordere überall den freien Wettbewerb und hier kapsele man an sich ab. Natürlich sei es unser Betrieb; aber wenn ein Betrieb nicht produktiv genug sei, müsse man sich von ihm trennen. Man sollte sich lieber überlegen, wie man das machen könne und nicht zu versuchen, diese EU-Gesetzgebung zu umgehen. Man müsste an und für sich die Leute anzeigen, die diese Gesetze versuchten mit Tricks zu umgehen.

Herr **Lehmann** äußerte, er erkenne sehr wohl an, dass die Arbeitnehmerschaft hier Vorleistungen erbracht habe. Nur, das sollte die Stadt nicht daran hindern, über weitere Rationalisierungen nachzudenken.

Herr Prof. Schuh habe völlig recht; wenn es aber so sei, dass die Punkte der ehemaligen Anlage 4 heute nicht mehr gültig seien, dann bitte er darum, diese Information vorher zu bekommen, damit hier nicht Diskussionen im Nebel über Dinge, die nicht mehr relevant sind, geführt werden.

Auf die Äußerungen von Herrn Heft eingehend, fragte er, ob § 3 Absatz 5 gemeint gewesen sei.

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion, erklärte, er ringe noch um sein Abstimmungsverhalten. Seine

Fraktion sei daran interessiert, dass es mit der HAVAG positiv weiter gehe. Die formulierten

Ziele fänden seine volle Zustimmung, aber er werde einer Vorlage, die definitiv eine jährliche Anhebung der Fahrpreise festschreibe, nicht zustimmen. Nun habe Herr Dr. Busmann heute betont, diese Position sei nicht Bestandteil des Vertrages. Wenn zugesagt werden könne, dass es in der Frage Fahrpreisgestaltung keinen Automatismus gebe, könnte er sich durchdringen und dieser Vorlage Rückenwind geben wollen.

Frau Dr. Haerting, HAL-Fraktion, meinte, die Gründe, die für die Zustimmung zur Vorlage sprächen, seien jetzt schon ausführlich genannt worden. Sie greife das Wort vom Schutzschild oder vom sozialen Akt gegenüber Arbeitnehmern auf. Wenn man im Aufsichtsrat sitze und mit den Arbeitnehmervertretern Kontakt habe, dann wisse man sehr gut, was für riesige Vorleistungen aus diesem Bereich schon gemacht wurden. Ein Drittel des Personals sei seit 1990 abgebaut worden. Es gehe darum, mit diesem Vertrag den ÖPNV zu sichern.

Wenn sie in der Zeit im Aufsichtsrat etwas gelernt habe, dann das, dass es verheerende Auswirkungen auf den ÖPNV habe, wenn im Stadtrat sich dazu aufgeschwungen werde zu sagen, dass das Unternehmen sparen müsse, und hinterher gemeckert werde, wenn Linien ausgedünnt werden oder die Fahrpreise steigen. Ein ÖPNV koste einfach etwas.

Herr Dr. Busmann ging auf die Äußerungen von Frau Dr. Haerting ein und meinte, trotz der Bemühungen sei der Anteil des Personals bei der HAVAG immer noch zu hoch. Ansonsten stehe die HAVAG gut da. Der Kostendeckungsgrad könne sich bundesweit sehen lassen und etliche andere Parameter auch.

Die Frage nach dem Automatismus bei Fahrpreisanhebungen stelle sich rechtlich für die Stadt Halle nicht. Die HAVAG habe eine interne Annahme getroffen. Ob diese Automatik entfalten werde oder nicht, sei Sache des Aufsichtsrates, der dies entscheiden müsse und dann in den MDV-Aufsichtsrat bringen müsse. In der Gesellschafterversammlung werde es dann letzten Endes "eingegossen" in einen Tarif. Auch das sei Ergebnis der Tatsache, dass die Anlage 4 nur noch in der Begründung stehe und nicht mehr Vertragsbestandteil sei.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erklärte, der ÖPNV in Halle habe eine große Bedeutung, und die Stadt habe sich entschlossen, diese Aufgabe der HAVAG zu übergeben. Die HAVAG habe natürlich die Aufgabe, diese Leistung zu einem Preis zu bringen, der so niedrig wie möglich ist.

Man wisse, dass das EU-Recht sich jetzt damit befasse, inwieweit die Stadt diese Leistung an ihren eigenen Betrieb geben könne, inwieweit sie ausschreiben müsse. Selbst die EU schaffe

Übergangszeiträume, in der klaren Erkenntnis, dass es für einen Betrieb, der aus dem Tarifrecht des öffentlichen Dienstes gekommen ist und plötzlich dem Wettbewerb ausgesetzt wird, nicht einfach ist. Sie denke, man sollte in der eigenen Stadt keine größere Härte entfalten wollen, als die EU es aus ihrer Sicht schon sehe, sondern unserem Betrieb die Chance geben, in einem Übergangszeitraum sich den Wettbewerbsbedingungen des freien Marktes anpassen zu können.

Sie bat, der Vorlage zuzustimmen, damit endlich den Mitarbeitern der HAVAG die Sicherheit für die nächsten Jahre gegeben werden könne, wohl wissend, dass es eine schwere Aufgabe

sein wird, das zu erfüllen, was in diesem Vertrag gesichert werde.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, ging auf die Formulierung des Beschlusstextes ein. Es müsste exakt formuliert werden, dass die Verwaltung beauftragt wird, den als Anlage beigefügten Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag mit der HAVAG abzuschließen. Damit würde dann auf Seite 6 der Abschnitt Vertragsentwurf ersatzlos weg, wenn dann als Punkt 2 noch eingefügt würde, dass die Fußnoten nicht Bestandteil des Vertragstextes seien.

Herr **Dr. Busmann** entgegnete, er wolle bei der Formulierung des Punktes 1 bleiben. Man mache das nicht zum ersten Mal. Man gehe zum Notar und müsse sich darauf einstellen, dass noch kleinere redaktionelle Dinge verändert werden. Die ersten beiden Sätze zum Vertragsentwurf müssen entfernt werden.

Herr **Heft** nahm auf die Äußerungen von Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** Bezug, inwieweit hier tatsächlich Wettbewerbsrecht greife oder nicht. Er denke, hier sollte man noch einmal nachlesen. Soweit er § 70 und folgende im EG-Vertrag kenne, greife das Wettbewerbsrecht der EG tatsächlich nur für grenzüberschreitenden Verkehr und nicht für regionalansässigen.

Insofern wäre die Forderung, die die CDU-Fraktion hier aufstelle, mehr oder weniger zu hinterfragen.

Wenn Herr **Lehmann** von Rationalisierung in unserem Verkehrsunternehmen rede, sollte er sich deutlich machen, Rationalisierung habe in diesem Betrieb nicht stattgefunden, um die Leistungen für die Fahrgäste, für die Nutzer des Nahverkehrs in dieser Stadt, in der Region grundsätzlich zu verbessern; Rationalisierung habe in diesem Betrieb nur aus fiskalischen Gründen stattgefunden, nur aus der Kostensicht, nicht aus der Nutzensicht.

Herr **Dr. Busmann** betonte, das EU-Recht sei das eine, das andere sei das Geld. Man habe in die mittelfristige Finanzplanung nur noch ganz bestimmte Gelder eingestellt; man schmelze ab, nicht nur wegen der EU-Wettbewerbssituation, sondern auch wegen der Haushaltssituation.

Herr **Kautz**, CDU-Fraktion, erklärte, seit 1999 diskutiere man über diesen Vertrag. Das sei eine lange Zeit. Seit 1999 habe die Nachbarstadt Leipzig einen solchen Vertrag. Es heiße immer, Sachsen seien helle. Lasse man den Unterschied nicht zu groß werden!

Frau **Krischok**, PDS-Fraktion, bat mit einem **Geschäftsordnungsantrag** um eine kurze **Unterbrechung der Tagung**.

Der Stadtrat nahm eine **A u s z e i t**.

Herr **Bönisch** fragte Herrn **Heft**, ob seine Ausführungen zum Vorbehalt bezüglich der Änderungen in einem förmlichen Antrag münde.

Herr **Heft** antwortete dazu ohne Mikrofon.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, sie habe die Nachricht, dass der Vorstand dem Austauschblatt zustimme. Es könne aber in der nächsten Aufsichtsratssitzung noch einmal aufgerufen werden.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, äußerte, es solle heute beschlossen werden, einen Status für fünf Jahre herzustellen. Im Planungsausschuss habe er die Frage gestellt, was passiere, wenn die

Stadt ausschreibe. Wie hoch würden die Personalkosten bei einem fremden Dritten seien? Aus dem Vorstand der HAVAG sei geantwortet worden: zwischen 35% und 48%. Das heiße pro Jahr - wenn man mit 40% im Ansatz sei - 39 Mio DM. Wenn man die zugunsten unserer Betriebskostenhilfe zu einem Teil verwenden würde und einen weiteren, sehr hohen Teil, um Fahrpreise zu senken - das sollte man wissen, wenn man heute entscheide.

Herr **Richter**, SPD-Fraktion, entgegnete, was Herr Sänger hier popularisiere, sei Lohndumping.

Er denke, das stehe diesem Haus nicht gut zu Gesicht, dafür seien Tarifpartner da, die das zu entscheiden hätten. Gerade die CDU sollte sich in dieser Diskussion etwas zurückhalten, in den Medien höre er immer, wie diese Partei für Arbeitsplatzschaffung sei.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** führte aus, dieser Verkehrsbedienungsvertrag müsste heute beschlossen werden. Wenn das nicht geschehe, reiche erstens das Geld in diesem Jahr nicht, was man als Zuschuss an die HAVAG zu zahlen habe. Wenn man hier so locker über

Ausschreibung rede, wisse man, was man damit tue. Die großen ausländischen Anbieter stnden natürlich vor der Tür. - Dass man vielleicht nicht alle Aufgaben, die in Halle zu erfüllen seien, weiter zu diesem Preis erfüllen müsse und dass man daran arbeiten müsse, das sei eine wichtige Aufgabe. Aber so locker zu sagen, über Ausschreibung nachdenken zu wollen, dann erinnere sie an den Beschluss, als es darum gegangen sei, die EDV-Leistung für die Stadt Halle von Karlsruhe hierher zu holen.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, stellte einen **Geschäftsordnungsantrag: Abbruch der Debatte**.

Zu diesem GO- Antrag gab es keine Wortmeldungen.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag

Abbruch der Debatte:

mehrheitlich z u g e s t i m

m t

Herr **Bönisch** stellte fest, dass noch Herr Stemme auf der Rednerliste stehe.

Herr **Stemme**, MBL-Fraktion, meinte, er würde an Stelle der Oberbürgermeisterin nicht so sehr

Druck machen wollen. Das passe einfach nicht hinein. Man solle die Stadträte nicht unter Druck setzen. Er glaube, dass diejenigen, die schon lange in diesem Haus seien, jahrelang an dem Material gearbeitet haben und diejenigen, die kurz in diesem Haus seien, begriffen,

worüber man heute rede. Deswegen heiße er es einfach nicht gut, wenn die

Oberbürgermeisterin sage, wenn man dann nun nicht...das passe einfach nicht hinein.

Die MBL-Fraktion habe auch Bauchschmerzen gehabt, habe Probleme gehabt mit diesen 3% jährlicher Erhöhung. Man habe auch mit dem sogenannten Schutzschild Probleme gehabt.

Viele andere Betriebe hätten auch gern solch ein Schutzschild gehabt, sie hatten es nicht. Man habe auch damit Probleme gehabt, dass man ganz geschickt noch nicht wirkendes EU-Recht ausnutze.

Im Hauptausschuss sei ein Argument durch die Oberbürgermeisterin gegeben worden, das seine Fraktion in die Lage versetze, dieser Vorlage zuzustimmen. Man habe sich stark auseinandergesetzt mit den Qualitätsverbindlichkeiten, habe immer wieder die Frage aufgeworfen, was passiere, wenn die HAVAG die hier auferlegten Qualitätsparameter nicht einhalte. Man habe hinterfragt, warum die Sanktionen erst bei 80% beginnen bzw. aus dem Straßennetz heraus bei 50%. Darauf sei eine sehr klare Aussage getroffen worden.

Besonders

Aussagekräftig sei die Tatsache, dass bei Nichtgewährleistung der hier festgelegten Qualitätsparameter die HAVAG mit 25 % zur Verantwortung gezogen wird. Das sei eine Möglichkeit, die hier vereinbarten Dinge auch durchzusetzen.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01160 - Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag zwischen der Stadt

(Saale)

**Halle (Saale), der Verwaltungsgesellschaft für die
Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle**

und der Halleschen Verkehrs-AG

1. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des in der Anlage beigefügten Entwurfes, mit der HAVAG einen Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag abzuschließen.
 2. Der Vertrag darf erst dann unterschrieben werden, wenn zuvor die Steuerrechtsfrage bezüglich der Nichtbelastung mit Mehrwertsteuer für die städtische Leistungserstellung und die zu leistenden Zahlungen gegenüber der HAVAG auf der Grundlage des Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrages mit dem zuständigen Finanzamt rechtsverbindlich geklärt ist.
-

Zu TOP 06 - Erhaltungssatzung Nr. 7 "Gründerzeitliche

Hauptgeschäftsstraßen mit Wohnnutzung"

Vorlagen-Nr.: III/2000/01086

Herr **El-Khalil**, CDU-Fraktion, fragte, was es bedeute, wenn das Sanierungsgebiet innerhalb der Ringe ausgeweitet werde auf Bezirke außerhalb dieser Ringe. Gebe es einen Fördertopf, der weiter verteilt werde? Diese Frage beziehe sich auch auf die nächste Vorlage.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, antwortete, es gebe keinen extra Fördertopf. Es gebe nur steuerrechtliche Vergünstigungen für die nächsten Jahre nach dem Investitionszulagegesetz. Damit drücke man eine städtebauliche Zielsetzung aus und schaffe damit eine eindeutigere Rechtsgrundlage als bisher, um diese Bescheide für die Antragsteller in Richtung Finanzamt zu geben.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: bei 41 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen einstimmig z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2000/01086 - Erhaltungssatzung Nr. 7
 "Gründerzeitliche Hauptgeschäftsstraßen mit
Wohnnutzung"

1. Der Stadtrat beschließt die Erhaltungssatzung Nr. 7 "Gründerzeitliche Hauptgeschäftsstraßen mit Wohnnutzung".
Der Geltungsbereich ist in den Lageplänen, die als Anlagen (Räumlicher Geltungsbereich
1 - 4) dieser Beschlussvorlage beigefügt sind, räumlich bestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss ortsüblich bekanntzumachen.

Zu TOP 08 - Umbau des städtischen Gebäudes Anhalter Platz 3 im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt"

Vorlage Nr.: III/2001/01229

Frau **Haupt**, PDS-Fraktion, appellierte an den Stadtrat, der Vorlage zuzustimmen. Die Bewohner der Silberhöhe warteten darauf, dass dort etwas passiere.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, fragte, warum bisher kein Privater die Gelegenheit genutzt habe, um dort eine Gaststätte zu eröffnen.

Im Jugendhilfeausschuss sei im Mai eine Vorlage beschlossen worden, auf deren Grundlage dann mehr oder weniger die Planung ausgelöst worden sei. In dieser Vorlage sei jedoch von anderen Voraussetzungen ausgegangen worden, damals sei noch von URBAN die Rede gewesen und es sei verbindlich von der Verwaltung zugesagt worden, dass die Fördermittel URBAN demnächst vorliegen würden. Das sei alles nicht erfolgt. Auch sei damals z.B. von einer Summe von 2,7 Mio DM die Rede gewesen, jetzt sei man bei 3 Mio DM. Auch sei zwischen Umbau und Einrichtung unterschieden worden. Ihn würde interessieren, was bei der Summe von 3 Mio DM der Umbau und was die Einrichtung koste.

Zum Standort meinte er, es gebe noch kein Gesamtkonzeption für die Silberhöhe, aber selektiv

werde hier eine Einrichtung plaziert, bei der es fraglich sei, ob sie sich auch tragen werde.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, antwortete zur Frage privater Nutzer: Man müsse anerkennen, dass das in diesen Großsiedlungen mit ihren schwierigen Strukturen nicht so einfach gehe. Man müsse Angebotsplanung, Anschubplanung machen, um den Bedarf zu stimulieren. Das werde ausdrücklich durch das Bundesprogramm "Soziale Stadt" und durch die Landesinitiative URBAN 21 und die europäischen Grundprogramme

so formuliert. Ohne Angebotsplanung bewegten sich diese Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf nur schwer. Darüber hinaus gehe man davon aus, dass man mit diesen preiswerten Kräften auch ein preiswertes Angebot mache, so dass eine günstigere betriebswirtschaftliche Kalkulationsgrundlage bestehe, als wenn das ein Privater nach seinen normalen Kalkulationsgrundsätzen und Gewinnmargen machen würde.

Inwieweit eine feste Zusage zu URBAN 21 in den vorlaufenden Ausschussberatungen gegeben worden sei, könne er sich nicht vorstellen. Es sei immer gesagt worden, dass natürlich der

Bewilligungsvorbehalt zu machen sei. Die Kostensteigerung hänge mit der genaueren Kalkulation zusammen. Man habe sich zu dieser Architektur, die auch im Arbeitskreis Silberhöhe diskutiert worden sei, bekannt, man wollte auch einen Akzent setzen.

Zum Anteil der Erstausrüstung könne er im Moment nichts sagen. Er rege an, dies zu Protokoll zu geben.

Zum Standort: Man könne sagen, es bestehe ein Konzept. Seit ungefähr eineinhalb Jahren habe man überall Zustimmung, dass der innere Grüngürtel zentrale Maßnahme bleibe.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** ergänzte, als man die Antragstellung zu URBAN 21 besprochen habe, sei diese Stadtteilgaststätte ein Punkt gewesen, zu dem man sich verständigt habe, egal, ob URBAN 21 komme oder nicht. Nun habe man die Bewilligung bekommen

für dieses Programm "Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt", d.h. dort liegen die Fördermittel vor. Da sei diese Kopplung gefordert zwischen dem, wo sich die Bevölkerung über diese Projekte mit ihrem Stadtteil identifiziere und arbeitsmarktpolitischen

Aspekten. Deswegen habe man hier einen Jugenderwerbsbetrieb gekoppelt mit den Interessen

der Bewohner des Stadtteils Silberhöhe.

Sie halte das für ein vernünftiges Konzept. Man könne nicht immer nur reden und alles auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben.

Herr **Dr. Busmann** fuhr fort, wenn URBAN 21 käme, würde der Eigenanteil der Stadt, siehe Seite 5, nicht etwa eine Million betragen, sondern 500 TDM.

Herr **Geuther**, CDU-Fraktion, meinte, wenn die Wirtschaft in der Silberhöhe nicht tätig werde, obwohl Bedarf bestehe, dann sollte sich die Politik als Notnagel betätigen und dort etwas initiieren. Es sei natürlich ein Experiment, von dem man nicht wisse, wie es ausgehen

werde. Aber er glaube, für die Bewohner der Silberhöhe sei das wichtig, und man sollte dem Vorhaben zustimmen.

Herr **El-Khalil**, CDU-Fraktion, äußerte, in seiner Fraktion gebe es eine Mehrheit dafür, die sage, man brauche eine solche Gaststätte. Man werde die Vorlage auch nicht unbedingt ablehnen, man habe aber Bauchschmerzen mit dem Konzept, das hier dahinterstecke.

Ihm fehle z.B. eine Betrachtung der möglichen Erträge. Wieviel müsse eingenommen werden, damit diese Gaststätte am Leben bleibe oder werde sie in ein oder zwei Jahren am Tropf der Stadt hängen?

Persönlich sei ihm auch unverständlich, dass man hier von Erlebnisgastronomie spreche, aber auch von gutbürgerlicher Küche. Er habe das Gefühl, das Konzept sei nicht von einem Gastronomen erstellt worden, sondern mehr von einem Sozialarbeiter.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, es werde ein Vertrag mit den Halleschen Jugendwerkstätten als Betreiber abgeschlossen, und es sei nicht daran gedacht, dass diese städtische Zuschüsse erhalten. Ein Konzept sei entwickelt worden, dazu seien auch Gastronomen konsultiert worden. Dass alles noch ausreifen müsse - für Anregungen sei man dankbar und werde sie weiterleiten.

Herr **El-Khalil** fragte, ob es Zahlen über arbeitslose Jugendliche im Bereich Gaststätten gebe.

Er habe die Erfahrung gemacht, wenn er einen Koch brauche, bekomme er keinen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** bestätigte, es gebe Analysen, dass gerade in diesem Bereich

viele Jugendliche arbeitslos seien.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD-Fraktion, fragte zu den finanziellen Auswirkungen im Haushaltsjahr 2000. Gehe er recht in der Annahme, dass die 150 TDM bereits für Planungen ausgegeben worden seien?

Herr **Dr. Busmann** antwortete, es sei Geld für Planungen ausgegeben worden.

Herr **Dr. Klapperstück** wies darauf hin, dass - wenn diese Kosten auch Bestandteil des Antrages auf Kofinanzierung durch die EU seien - man dann so lange abwarten müsse, bis von dort ein abschlägiger oder zuschlägiger Bescheid komme, denn ein vorgezogener Maßnahmebeginn müsste von der EU genehmigt werden.

Herr **Dr. Busmann** bemerkte, man habe hier Experten angesetzt, die alles EU-kompatibel durchgerechnet hätten. Darauf baue er auf.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** verwies auf Seite 2: Die Umsetzung der Planung könne im Jahr 2001 begonnen werden, die Gesamtfinanzierung ist durch die bereits bewilligten Fördermittel sichergestellt.

Herr **Dr. Klapperstück** entgegnete, ihm gehe es um die Bewilligung der EU-Mittel, mit denen der Eindruck erweckt werde, dass durch diese eine Entlastung des städtischen Haushaltes herbeigeführt werden könne.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erklärte, das sei gesichert, das habe man schriftlich, dass dies nicht schädlich sei für eine eventuelle URBAN-Förderung.

Es gehe nicht um die URBAN-Förderung, sondern um die EU-Förderung, wiederholte Herr **Dr. Klapperstück**. Es gehe um den vorzeitigen Maßnahmebeginn im öffentlichen Recht.

Herr **Dr. Busmann** erklärte, im Moment fließe noch kein Pfennig an EU-Mitteln. Alles gehe aus dem Programm "Soziale Stadt", das sei eine reine Bundesförderung, komplementiert durch

Landesmittel. Für den förderunschädlichen Maßnahmebeginn habe man sogar zweimal Anträge gestellt. Alles sei abgesichert. Bei URBAN 21 sei man noch nicht, das mache man erst, wenn URBAN 21 als Rahmeninitiative bewilligt werde.

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, äußerte, die Diskussion in diesem Umfang lasse ihn zweifeln, ob es sinnvoll sei, viele Ausschüsse bzw. Arbeitsgruppen nebenbei zu bilden und einzelne Stadträte dorthin zu entsenden. Schon bei bestehenden Beiräten und Arbeitskreisen bestünden Defizite in der Information in den einzelnen Fraktionen. Denn die Diskussionsbeiträge aus der CDU-Fraktion seien in zwei verschiedene Richtungen gegangen, vom wissenden

Herrn Geuther, der im Arbeitskreis mitarbeite, das Projekt gesehen habe und über die Hintergründe informiert sei und andere Stadträte, die sich über die Vorlage Gedanken gemacht hätten und Zweifel anmeldeten, die man jedoch mit dem Wissen über die bisher gelaufenen Vorgänge entkräften könne.

In der Diskussion sei für ihn mit Nebensätzen der Eindruck erweckt worden: URBAN 21 - Silberhöhe sei gestorben. Das sollte nicht sein. Die Oberbürgermeisterin sei beauftragt worden, sich in Magdeburg dafür einzusetzen, dass URBAN 21 für die Silberhöhe nicht stirbt.

Wenn mit der Vorlage ein Plan zur Architektur des Objektes angeboten worden wäre, dann würde klar sein, dass hier etwas geschaffen werde, was generationsübergreifend integrierend wirken werde und wofür es auch Bedarf gebe.

Herr **Godenrath** meinte, er sei nicht ohne Grund misstrauisch. Er kenne zwei Vorlagen, die eine vom Mai und die jetzige. Er könne aus dem Protokoll der Mai-Sitzung zitieren: Auf die Frage, was passiere, falls die Fördermittel im Rahmen URBAN 21 nicht kommen, wurde durch die Verwaltung geantwortet, dass die Bewilligung für das Jahr 2000 bis Ende Mai vorliegen wird. Unter dieser Prämisse sei das damals beschlossen worden.

Damals sei die ganze Vorlage unter "URBAN" gelaufen, heute heiße sie "soziale Stadt". Im Mai habe in der Vorlage gestanden: Andererseits werden die Umbaupläne bei einer reduzierten Fördersumme inhaltlich überprüft ...und die Kosten reduziert werden müssen.

-

Das genaue Gegenteil scheine jetzt der Fall zu sein.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01229 - Umbau des städtischen Gebäudes Anhalter Platz 3 im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt"

1. Das städtische Gebäude Anhalter Platz 3 wird im Rahmen des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt" umgebaut.
2. Der Umbau des Gebäudes erfolgt im Rahmen einer Vergabe-ABM.
3. Genutzt werden soll das Gebäude durch die Hallesche Jugendwerkstatt "Frohe Zukunft e.V.", die dort eine Gaststätte sowie eine Jugendkneipe durch einen Jugenderwerbsbetrieb betreiben werden.
4. Vor Baubeginn ist die Hallesche Jugendwerkstatt vertraglich als Nutzer zu binden.
5. Der Finanzierung wird zugestimmt.
6. Unabhängig von der Aufnahme in URBAN 21 wird ein Einzelantrag auf Kofinanzierung durch EU-Strukturfondsmittel gestellt.

Finanzielle Auswirkungen:

Einsatz von bewilligten Fördermitteln aus dem Programm "Soziale Stadt", sowie bereits dafür eingeplanten Mitteln in Höhe von insgesamt 3.077.250,00 DM (Haushaltsstelle 2.8800/048), davon 1.025.750,00 DM Eigenmittel.

HHJ 2000	150.000,00 DM, davon Eigenmittel	50.000,00 DM
HHJ 2001	1.406.250,00 DM, davon Eigenmittel	468.750,00 DM
HHJ 2002	1.521.000,00 DM, davon Eigenmittel	507.000,00 DM

Zu TOP 09 - Neuorganisation der Mittagsversorgung in den Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)

Vorlagen-Nr.: III/2001/01248

Sachantrag der CDU-Fraktion

Vorlagen-Nr.: III/2001/01316

Frau Bürgermeisterin **Szabados** wies noch einmal darauf hin, dass die Verwaltung sich dem Votum der Ausschüsse anschließen und im Beschlusspunkt 1 den Termin ändern: ab 01.08.2001.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, äußerte sich zum Sachantrag seiner Fraktion. Die Vorlage habe das Problem, dass sie sich hauptsächlich mit den Kindertagesstätten der Stadt beschäftige. Die freien Träger würden nur erwähnt in der Summe, was die freien Träger in der Einsparung nicht mehr bekommen. Im ersten Punkt werde praktisch schon festgeschrieben, dass die personelle Absicherung der Mittagsversorgung in den Kindertageseinrichtungen in der Verantwortung der von den Eltern ausgewählten Versorgungsunternehmen stattfinden soll. Das könne bei den Kitas der Stadt durchaus der Fall sein. Die freien Träger sähen das natürlich anders. Deshalb sollte im Punkt 1 aufgenommen werden: in der Verantwortung des jeweiligen freien Trägers. Er erläuterte, die vorgeschlagene Änderung in Punkt 2. Er bat darum, dass sich der Jugendhilfeausschuss im Mai oder Juni mit diesem Thema noch einmal befassen sollte mit dem Ziel, unbillige und unabweisbare Härten zu vermeiden.

Frau **Brederlow**, SPD-Fraktion, merkte an, dass sich die freien Träger im Jugendhilfeausschuss leider nicht dazu geäußert hätten. Den Antrag halte sie aus ihrer Sicht für nicht machbar, weil die Stadt den freien Trägern überhaupt nichts vorschreiben könne. Das Gesetz gebe nur her, dass die Träger die Essenversorgung selbst organisieren. Also könne man nur für die Kindereinrichtungen der Stadt reden. Was man als Stadt mit festlegen könne, sei, wie man künftig die Betriebskosten bezuschussen werde.

Herr **Bönisch** frage nach, ob es wirklich so sei, dass die Mittagsversorgung auch bei den freien Trägern subventioniert werde.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** bestätigte, das habe man bisher so gemacht, weil man keine Diskrepanzen aufkommen lassen wollte. Es gehe jetzt darum, sich auf die gesetzlichen Forderungen zurückzuziehen. Die Stadt habe sicherzustellen, dass eine warme Mittagsmahlzeit ausgegeben werden kann; was dabei an Personalaufwendungen entstehe, sei nicht durch die Stadt zu finanzieren. Die Verwaltung sei der Meinung, dass die Formulierung so richtig sei: in der Verantwortung der von den Eltern ausgewählten Versorgungsunternehmen und dass die dafür entstehenden Kosten auf die Eltern umgelegt werden. Das heiße, ein freier Träger könne dann genauso reagieren, es sei denn, er organisiere das in Verbindung mit den Essenanbietern anders. Hier gehe es nur um die Festlegung, dass die Stadt das nicht mehr finanziere.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, bat um Klärung, ob das, was man hier beschließen wolle, für die freien Träger gelte. Genau dieser Punkt sei in der Beratung des Jugendhilfeausschusses für die freien Träger nicht klar gewesen. Die Vorlage beziehe sich auf die Kindertagesstätten in der Stadt Halle, so dass es für sie für alle gelte. Der Änderungsantrag ihrer Fraktion beinhalte eine offenere Formulierung und gewähre damit den freien Trägern den Freiraum, den sie haben möchten.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erwiderte, man tue den freien Trägern keinen Gefallen, wenn

man das auf die freien Träger praktisch abwälze. Auch bei den freien Trägern sei es so, dass die Eltern die Essenanbieter auswählen. Die Personalkosten dafür müssten jedoch auch auf die Eltern umgelegt werden. Es sei eine Gleichbehandlung – deshalb stehe: in den Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle.

Herr **Scholze**, F.D.P.-Fraktion, erklärte, wesentliches Kernelement sei hier die Personalkosteneinsparung. Seine Fraktion habe die Frage, inwieweit das wirklich von der Zielvorgabe erreicht werden könne und ernst gemeint sei. Einmal werde in der Vorlage angeführt, aufgrund des hohen Reinigungsstandes bzw. eventueller Annahme von Abfindungsangeboten erziele man den entsprechenden Effekt bei den Personalkosten.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, die Reinigung sei hiervon nicht betroffen. Es sei nur oft so, dass das technische Personal sowohl die Ausgabe des Essens wahrnehme wie auch die Reinigung. In den Kindertagesstätten der Stadt Halle werde man weiterhin die Reinigung sicherstellen, unabhängig davon, ob das mit eigenem Personal oder mit fremden. Es werde auch weiterhin sichergestellt, dass das Frühstücks- und das Mittagsgeschirr gereinigt werde; das gehöre zum Betrieb der Kindertageseinrichtungen dazu und sei im Budget enthalten. Was nicht mehr enthalten und wozu die Stadt auch nicht verpflichtet sei, ist, dass für das Personal, das das Mittagessen ausgibt, die Finanzierung übernommen wird.

Herr **Geuther** kam noch einmal auf die Diskussion um die freien Träger zu sprechen. Es sei nicht immer zwangsläufig, dass der Essenanbieter das Essen anbieten müsse. Er kenne den Fall, dass in einem Kindergarten eine Extrakraft eingestellt sei, die das Essen ausgibt. Nun werde vorgeschrieben, dass ein Vertrag mit dem Essenanbieter abgeschlossen werden muss – das möchte man aber verhindern. Es sollte in der Verantwortung des freien Trägers sein, wie er die Essenausgabe organisiert. Deshalb werde der Änderungsantrag gestellt.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erwiderte, für sie sei das mit der jetzigen Formulierung auch offen. Es gehe doch nur darum, dass die Personalkosten von den Eltern getragen werden. Sie schlug vor zu formulieren: ...in der Verantwortung der von den Eltern ausgewählten Versorgungsunternehmen bzw. in der Verantwortung der freien Träger.

Frau **Haupt**, PDS-Fraktion, kündigte an, dass ihre Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Das habe damit zu tun, dass die soziale Belastung wieder den Eltern aufgetragen werde. Man denke auch daran, dass dort möglicherweise sich noch Folgen abzeichnen können. Eine zweite Sache sei die Tatsache, dass es vom Kuratorium Hinweise gegeben habe, dass die Zeit, sich auf diese Dinge vorzubereiten, zu kurz gewesen sei, dass einfach diese demokratische Mitbestimmung – sich Gedanken zu machen, wie dieser Prozess begleitet werden könne – zu kurz gekommen sei. Im Jugendhilfeausschuss hätten die freien Träger auf die Probleme aufmerksam gemacht, die hier in der Diskussion aufgezeigt worden seien. In den Ausschüssen sei der Termin 01.08. bestätigt worden, und damit sei noch etwas Zeit gegeben. Was hindere daran, die Vorlage heute noch einmal zurückzunehmen und im nächsten Monat auf die Tagesordnung zu bringen und dieses Problem mit den freien Trägern zu klären?

Frau Bürgermeisterin **Szabados** entgegnete, sie rate davon ab. Die freien Träger hätten Spielräume. - Es sei nicht angemessen, dass die Stadt mit dem Gießkannenprinzip alle unterstütze. Es gebe weiterhin die Halle-Pass-Förderung.

Herr **Bönisch** fragte Frau Haupt, ob das ein förmlicher Vertagungsantrag gewesen sei.

Das wurde bestätigt.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, sprach namens seiner Fraktion gegen eine Vertagung. Er stelle fest, dass die PDS-Fraktion erneut bei moderaten Kürzungen städtischer Leistungen nicht zustimme. Wenn die PDS zusage, dass sie im nächsten Stadtrat sozialverträglich vortrage, wie sie die 26 Mio DM einsparen wolle - die die Stadt nicht ausgeben könne, weil sie sie nicht habe - dann würde er einer Vertagung zustimmen. Da das die PDS-Fraktion aber nicht machen werde, weil sie offensichtlich nur Geld ausgeben wolle, könne man der Vertagung nicht zustimmen.

Weitere Wortmeldungen zum Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung gab es nicht.

**Abstimmung zum GO-Antrag Vertagung um einen Monat: mehrheitlich a b g e l e
h n t**

Frau **Haupt**, SPD-Fraktion, erklärte, sie habe Herrn Godenrath zugesagt, dass der Jugendhilfeausschuss im Mai und im Juni und möglicherweise auch noch im Juli mit den freien Trägern reden werde. Sie weise jedoch darauf hin, dass die freien Träger mit sechs Stimmen und mit beratenden Mitgliedern im Jugendhilfeausschuss vertreten und durchaus in der Lage seien, sich einzubringen; sie habe in der letzten Sitzung auch nicht den Eindruck gehabt, dass sie etwas nicht verstehen. Aber wenn sie sich etwas spät kundig machten, so müsse das nicht sein. Sie appellierte an die Stadträte, sich mit den freien Trägern etwas mehr zu beschäftigen, damit nicht immer alles hinterher geklärt werde, sondern vorher. Ihre Fraktion werde der Vorlage in geänderter Form zustimmen.

Herr **Godenrath** wies darauf hin, das Grundproblem, das hier bestanden habe, sei, dass man es hätte einfach machen können. Man hätte eine Vorlage einbringen müssen, in der die Dinge, die nicht mehr bezahlt werden können, aufgelistet worden wären, und es offen geblieben wäre bei den Trägern. Dann hätte es eine zweite Vorlage geben müssen, die für die städtischen Kindertageseinrichtungen gegolten hätte. Dann wäre die Sache ganz klar gewesen.

In den letzten Ratssitzungen habe man einen neuen, erweiterten Wortschatz gehört, auch bei der Bürgermeisterin. Es werde plötzlich vom Gießkannenprinzip gesprochen und von Dingen, die man sich nicht mehr leisten könne. - Er könne sich noch an viele Dinge, die seine Fraktion früher angebracht habe, erinnern, bei denen man "abgebügelt" worden sei. Es freue seine Fraktion, dass die Sparvorschläge jetzt mit einbezogen werden - vielleicht etwas spät.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag
(siehe Beschlusspunkte 1, 2 kursiv)
Punkt 1, in modifizierter Form:
t

mehrheitlich z u g e s t i m m

Punkt 2:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Abstimmung zur Vorlage einschl. Ergänzung:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01248 - Neuorganisation der Mittagsversorgung in den
Kindertageseinrichtungen in der Stadt Halle (Saale)

Die Versorgung mit einer kindgerechten Mittagsmahlzeit ist in den
Kindertageseinrichtungen weiterhin gesichert.

1. Ab 01.08.2001 erfolgt die personelle Absicherung der Mittagsversorgung in den Kindertageseinrichtungen in der Verantwortung der von den Eltern ausgewählten Versorgungsunternehmen *bzw. in der Verantwortung des jeweiligen Trägers*.
 2. Die dafür anfallenden Personalkosten *können auf die Eltern umgelegt werden*.
 3. Die Stadt Halle unterstützt die Mittagsversorgung durch die Übernahme der sächlichen Betriebskosten für die Ausgabe der Mahlzeiten und den dazu anfallenden Abwasch (Strom, Wasser...). Weiterhin stellt die Stadt Halle die erforderlichen räumlichen Voraussetzungen und das notwendige Geschirr bereit.
 4. Der Neufassung von § 3 Satzung über den Besuch von Kindertageseinrichtungen (Anlage 2) wird zugestimmt.
-
-

Der Stadtrat legte eine **P a u s e** ein.

**o TOP - Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan der Stadt
Halle (Saale), lfd. Nr. 5 Industriegebiet Halle-Saalkreis an der
A 14**
Vorlage Nr. III/2001/01283

–

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, teilte mit, dass der Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten dieser Vorlage einstimmig seine Zustimmung gegeben habe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01283 - Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 5 Industriegebiet Halle-Saalkreis
an der

A 14

1. Der Entwurf zur Darstellungsänderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale),
lfd. Nr. 5 "Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14" wird gebilligt.
 2. Der Entwurf zur Darstellungsänderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale),
lfd. Nr. 5 "Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A 14" ist gem. § 3 Abs. 2 BauGB nach
ortsüblicher Bekanntmachung im Amtsblatt öffentlich auszulegen.
 3. Die Träger öffentlicher Belange sind gem. § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.
-

**o. TOP - Neu- bzw. Wiederbestellung der Mitglieder des
Umlegungsausschusses der Stadt Halle (Saale)**

Vorlage Nr. III/2001/01306

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmung zu Fachmitglied Michael H o h n v e h l m a n n: mehrheitlich z u g e s t i m
m t

Abstimmung zu Stellvertreter Eric K o m m n i c k: mehrheitlich z u g e s t i m
m t

Abstimmung zu Fachmitglied Herbert S t e i n h a u s: mehrheitlich z u g e s t i m
m t

Abstimmung zu Stellvertreter Carsten D e d e: mehrheitlich z u g e s t i m
m t

Abstimmung zu Fachmitglied Dr. Thomas M a h l e r:
m t

mehrheitlich z u g e s t i m

Abstimmung zu Stellvertreterin Sabine S c h ü t z:
m t

mehrheitlich z u g e s t i m

Abstimmung zu Fachmitglied Dieter B ü t t n e r:
m t

mehrheitlich z u g e s t i m

Abstimmung zu Stellvertreter André L e i t l o f f:
m t

mehrheitlich z u g e s t i m

Abstimmung zu Mitglied Stadtrat Ingo K a u t z:

zu Stellvertreter Stadtrat Gerry K l e y:

zu Mitglied Stadtrat Dr. Michael K l a p p e r s t ü c k

zu Stellvertreter Stadtrat Barbara S c h e l l e r :

zu Mitglied Stadtrat Marion K r i s c h o k:

zu Stellvertreterin Stadtrat Prof. Dorothea V e n t:
m m t

mehrheitlich z u g e s t i

Beschluss Nr. III/2001/01306 - Neu- bzw. Wiederbestellung der Mitglieder des
Umlegungsausschusses der Stadt Halle (Saale)

Die Mitglieder des Umlegungsausschusses und ihre Stellvertreter gemäß beigefügter
Listen wurden bestätigt und einzeln auf die Dauer der laufenden
Kommunalwahlperiode durch Abstimmung nach § 54 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA
bestellt.

o. TOP - Sozialplan 2001

Vorlage Nr. III/2001/01241

Herr Godenrath, CDU-Fraktion, meinte, zu dieser Vorlage sei gestern im Finanzausschuss
heftig diskutiert worden, das wolle er nicht wiederholen. Er habe noch eine Frage. Die
Verwaltung nehme an, dass von den 121 Personen 21 Personen auf offene Stellen in der

Stadtverwaltung umgesetzt werden. Könnte das näher beleuchtet werden, gebe es da wirklich realistische Chancen?

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, man stehe vor Tarifverhandlungen, da brauche man noch ein paar Spielräume. Auf der anderen Seite sei es so, dass man nicht wisse, was die Schule mit festen Öffnungszeiten eventuell noch für Bedarf bringe. Das könne man noch nicht beurteilen. Außerdem habe Herr Dr. Roscher noch Bereiche (z.B. Politessen), zu denen es noch Überlegungen gebe. Auch sei darauf hinzuweisen, dass es sich ja eine fiktive Berechnung handelt.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, äußerte, es sei sehr lobend hervorzuheben, dass die Verwaltung in Verbindung mit dem Landesarbeitsamt die Möglichkeit der Kurzarbeitnullregelung gefunden habe. Das sei ein Angebot, das einmalig sei. Auch möchte er, dass mit dieser Vorlage deutlich werde, dass man nicht nur aus finanziellen Erwägungen heraus diese Regelung beschließe, sondern letztlich deshalb, weil man für den betroffenen Personenkreis keine Arbeit mehr habe.

Gerade vor dem Hintergrund, dass man für jemand keine Arbeit mehr habe, wünsche er sich, dass die Verwaltung in den Gesprächen mit dem betroffenen Personenkreis oder mit allen Beschäftigten deutlich mache, dass das gewissermaßen das letzte Angebot sei, was die Verwaltung überhaupt machen könne. Ihm sei im Zusammenhang mit der Umsetzung von Kindergärtnerinnen in den Bereich des Ordnungsamtes als Politessen, wenn auch nur vereinzelt von einigen wenigen, solche Äußerungen zur Kenntnis gelangt, die da sagen: man verkaufe sich nicht unter Wert und nehme das Angebot in Bezug auf Politessen nicht an.

Man sollte deutlich machen, dass selbst eine etwas minder bezahltere Tätigkeit, aber mit der

Option, dass diese auf Dauer bestehen bleibe, besser sei als die Arbeitslosigkeit, die gegebenenfalls die Konsequenz wäre.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** machte aufmerksam, in der Beschlussvorlage im letzten Sommer sei ausgewiesen worden, wie die Stadt mit dem Überhang umgehe und wo er herkomme. Mitarbeiter des Personalamtes und der Verwaltung Kindertagesstätten seien dabei, in den Einrichtungen mit den Mitarbeitern Gespräche zu führen und die Situation zu erläutern.

Vor betriebsbedingten Kündigungen sei es schon angemessen, dass man alle anderen Möglichkeiten ausschöpfe, aber - und da gebe sie Herrn Misch recht - man müsse auch deutlich sagen, wenn die Angebote nicht angenommen werden, bleibe der Stadt nichts weiter übrig, als die betriebsbedingte Kündigung.

Frau **Krischok**, PDS-Fraktion, erklärte, es sei positiv die Arbeit zu teilen, um möglichst viele Arbeitsplätze noch zu erhalten. Allerdings wisse man, dass der Tarifvertrag noch nicht in Sack und Tüten sei. Sollte es da einen neuen Stand geben, bitte sie um Information. Es gebe in ihrer Fraktion sehr unterschiedliche Meinungen dazu, wie man damit umgehen solle. In der heutigen Zeit wisse man, dass Arbeitsplätze, die abgebaut werden, nicht wiederkommen, d.h. für die, die man wegschicke, werde kaum noch Hoffnung sein, dass sie wieder eine Tätigkeit ausüben können. Insofern begrüße sie die Höhe der Abfindung, da damit die Chance gegeben werde, die Arbeitschance zu erhöhen und das für Qualifikation nützen zu können.

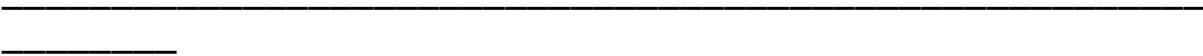
Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss Nr. III/2001/01241 - Sozialplan 2001

Der Stadtrat beschließt den anliegenden Sozialplan 2001.

Zu Wiedervorlage von Anträgen



Zu Antrag der SPD-Fraktion - betreffs Bewerbung der Stadt Halle
(Saale)

für den Sachsen-Anhalt-Tag 2002

Vorlagen-Nr.: III/2000/00911

Es gab keine Wortmeldungen zum Antrag.

Abstimmung zum Antrag in modifizierter Form: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**
(*Empfehlung des Hauptausschusses*)

Beschluss Nr. III/2000/00911 - Antrag der SPD-Fraktion - betreffs Bewerbung der Stadt
Halle (Saale) für den Sachsen-Anhalt-Tag

Die Stadt Halle (Saale) spricht sich für die Bewerbung um die Austragung des
Sachsen-Anhalt-Tages aus.

Die Stadt wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie unter Einbeziehung privater
Anbieter und Sponsoren die Kosten reduziert werden können.

Die Verwaltung wird aufgefordert, für die Antragstellung ein geeignetes Datum
vorzuschlagen.

**Zu Antrag der CDU-Stadtratsfraktion betreffend das
Fahnenmonument am**

Hansering

Vorlagen-Nr.: III/2000/01136

Es gab keine Wortmeldungen zum Antrag.

Abstimmung zum Antrag: bei 16 Ja-Stimmen
30 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

h n t

mehrheitlich a b g e l e

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

Zu Antrag der Fraktion der PDS zur Bildung einer Arbeitsgruppe zur Begleitung der Verwaltungs- und Funktionalreform

Vorlagen-Nr.: III/2001/01216

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, erklärte, er habe seine Meinung zu diesem Thema bereits mehrfach geäußert. Die vorhin von Herrn Jeschke geäußerte Auffassung zur Informationsübermittlung erscheine ihm gerechtfertigt. Gestern habe die erste Arbeitsgruppensitzung zum Thema Abfallwirtschaft stattgefunden. Vertreten seien von sechs Stadtratsfraktionen drei gewesen, einer sei nach 30 Minuten wieder gegangen, einer nach 60 Minuten, einer sei übrig geblieben. Vor diesem Hintergrund bitte er, sich die Angelegenheit mit der Arbeitsgruppentätigkeit noch einmal zu überlegen.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, meinte, der Umstand dieser von Herrn Weiland angesprochenen Sitzung und die dazugehörige Einladung verdiene eine nähere Betrachtung. Es sei so gewesen, dass die Verwaltung ein Schreiben mit Datum 13.02.2001 verfasst habe, in dem aufgeführt worden sei, dass bestimmte Mitglieder von den Fraktionen für eine Arbeitsgruppe benannt worden seien, es seien einige Zielsetzung vorgegeben worden, und das Schreiben habe mit der Formulierung geendet, die Zusammenkunft soll am 20.02. stattfinden; es sei nicht zum 20.02. eingeladen worden. Dieses Schreiben sei kurzfristig am Wochenende in den Fraktionen eingegangen.

Nach Rückfrage mit dem zuständigen Amt sei erklärt worden, dass der Termin mit den Fraktionsvorsitzenden abgestimmt worden sei. Dem sei nicht so gewesen. Bei einer solchen Vorbereitung dürfe doch das Ergebnis nicht wundern.

Herr **Kley**, F.D.P.-Fraktion, äußerte, seine Fraktion habe ebenfalls schon häufig ihre Bedenken gegenüber dieser inflationären Gründung von Arbeitskreisen geäußert. Man sehe hier echte Probleme, sowohl im Verhältnis der Arbeitsfähigkeit der einzelnen Gremien - es würden ständig mehrere gleichzeitig tagen - als auch in der Gesamtfrage, wie habe der Stadtrat seine Arbeit eingeteilt, seien die Ausschüsse noch zuständig oder würden zunehmend die wichtigen Entscheidungen in Arbeitskreise entsandt. Dazu komme die Frage, wie sich diese

Arbeitskreise in die Systematik der Gemeindeordnung einordnen lassen. Die Gemeindeordnung gehe davon aus, dass grundsätzlich der Gemeinderat öffentlich tage. Durch die Bildung dieser Arbeitskreise würden zunehmend kommunale Belange, die den Stadtrat betreffen, in Gremien beraten, die nicht öffentlich tagen.

Man sollte sich überlegen, ob nicht in den normalen Ausschüssen, die laut Zuständigkeitsordnung für bestimmte Dinge zuständig seien, diese Themen dort behandelt werden können. Man sollte nicht von vornherein mehr und mehr Kompetenzen des Rates in kleinere Gremien abgeben, die weder nach irgend welchen Regularien zusammengesetzt seien, noch Kompetenzen hätten.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, es sei schon erstaunlich, wie alles fehl verstanden werden könne. - Es sollte ein Angebot der Verwaltung sein, Stadträte im Vorfeld mit Dingen mit zu befassen, an denen die Verwaltung längere Zeit arbeiten müsse, schwierigen Problemen, die man am Anfang nicht gleich übersehen könne. Zum Thema Kreisgebietsreform/Kommunalreform müssten viele Dinge erarbeitet werden. Und da möchte sie die Stadträte einfach eher einbeziehen, als wenn fertige Vorlagen eingebracht werden.

Selbstverständlich komme man dann mit den Überlegungen in die Ausschüsse. Was solle also dieses Gerede davon, man würde irgend etwas den demokratischen Gremien entziehen?

Im Gegenteil, gerade den kleineren Fraktionen werde die Gelegenheit gegeben, an jeder Stelle mitzuarbeiten, wo man im Ausschuss vielleicht gar nicht vertreten sei.

Sie wisse, dass es für die Stadträte eine Belastung sei und sie gerade jetzt zum Thema Haushalt

zum Teil über Gebühr belastet seien. Sie könne zusagen, dass diese Arbeitsgruppen nicht unnötig oft tagen werden. Es werde nach Bedarf eingeladen, wenn ein neuer Stand in der Verwaltung erreicht sei, über den Kenntnis gegeben werden soll.

Herr **Prof. Schuh**, SPD-Fraktion, erklärte, seine Fraktion begrüße das Angebot.

Zu Herrn Kley gewandt, meinte er, mit zwei Stadträten sei diese Fraktion natürlich überlastet, aber da müsse man sich um mehr Wähler bemühen. Man könne nicht irgend welche Gründe rechtlicher Art suchen, die völlig an den Haaren herbeigezogen seien.

Herr **Weiland** äußerte, Ziel der Sache, was mit einer solchen Arbeitsgruppe erreicht werden soll, sei eine bessere Information, so, wie es die Oberbürgermeisterin auch dargestellt habe.

Dieses Ziel sei aber nicht gewährleistet, wenn von sechs Fraktionen nur drei anwesend seien.

Er denke, es sei ein ungeeignetes Mittel, um das gewünschte Ziel zu erreichen.

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, meinte, er empfinde es auch als ein Angebot, könne aber aus der Arbeit des Stadtrates und der Stadtverordnetenversammlung berichten, dass man mit Arbeitsgruppen und Sonderbeauftragten usw. Erfahrungen gemacht habe, die eben nicht so positiv seien. Er glaube, das Anliegen könne besser herüber gebracht werden, wenn man Prozesse gestalte und nicht Institutionen schaffe, die das verknöchern lassen.

Herr **Prof. Schuh** ging auf die Äußerungen von Herrn Misch ein, die Herr Weiland nicht auf den Kopf stellen sollte.

Herr **Kley** erinnerte daran, dass sich die SPD-Fraktion nicht in der Lage gesehen habe, z.B. die

gemeinsame Wirtschaftsausschusssitzung von Halle und Leipzig zu besetzen. - So problematisch sei es manchmal mit der Besetzung der jeweiligen Arbeitskreise.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

**Beschluss Nr. III/2001/01216 - Antrag der Fraktion der PDS zur Bildung einer
Arbeitsgruppe**
zur Begleitung der Verwaltungs- und Funktionalreform

Zur Begleitung der in Sachsen-Anhalt begonnenen Verwaltungs- und Funktionalreform, insbesondere die darin eingebettete Suche nach Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt-Umland-Konflikte in der Region, bilden die im Stadtrat vertretenen Fraktionen und die Stadtverwaltung eine gemeinsame Arbeitsgruppe.

Zu Anträgen von Fraktionen und Stadträten

**Zu TOP 15 - Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke, CDU - zur
Modernisierung der Stadtbibliothek**

Vorlagen-Nr.: III/2001/01260

Herr **Kupke**, CDU-Fraktion, erklärte, die Antwort der Stadtverwaltung stimme ihn traurig. Damit man noch einmal darüber reden könne, verweise er den Antrag namens der Fraktion in den Kulturausschuss.

Der Antrag wurde per Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion in den

- **Kulturausschuss**

verwiesen.

Zu TOP 16 - Antrag des Stadtrates Dieter Lehmann, CDU - zur Verkehrsverbesserung am Riebeckplatz

Vorlagen-Nr.: III/2001/01261

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, bemerkte zur Stellungnahme der Verwaltung, hinter die Aussage, dass sich der Einsatz von 80 TDM für die Zeit bis zum Umbau des Riebeckplatzes nicht lohne, setze er ein Fragezeichen. Eine Stadt, die sich um die Ansiedlung eines Automobilwerkes bewerbe, habe eine marode Delitzscher Straße, die dann von diesem Automobilwerk zum Riebeckplatz führe und baue für den fließenden Straßenverkehr Hindernisse in die Fahrbahn ein. Er bat, dem Antrag zuzustimmen und ihn nicht in den Ausschuss zu verweisen, sonst seien die eineinhalb Jahre herum, ehe man zu einer Abstimmung komme.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, erklärte, seine Fraktion stimme mit dem Antragsteller überein, dass es nötig wäre, diese Maßnahme durchzuführen. Man werde aber diesen Antrag ablehnen, weil man sich der Stellungnahme der Verwaltung anschließe und davon

ausgehe, dass es bei der derzeitigen Haushaltslage nicht angebracht sei, 80 TDM in die Hand zu nehmen, um einen Umbau vorzunehmen, der in spätestens 18 Monaten wieder dem Bagger anheimfallen werde.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, meinte, eineinhalb Jahre halte man diese Straßenverhältnisse noch aus. Man sollte das Geld sparen.

Herr **Kley**, F.D.P.-Fraktion, erklärte, seine Fraktion sei der Meinung, dass man nicht ständig fordern könne, die Infrastruktur in den neuen Bundesländern auszubauen und in der Stadt für verkehrsberuhigende Maßnahmen Geld in die Hand zu nehmen, aber an diesem neuralgischen Punkt, wo man die Durchlassfähigkeit mit kleinen Maßnahmen deutlich erhöhen könnte, nicht in Vorleistung gehen wolle.
Man bitte den Rat, dieser Veränderung zuzustimmen.

Herr **Bönisch**, Vorsitzender des Stadtrates, drückte seine Verwunderung darüber aus, dass in der Verwaltung über 300 TDM verfügt werden könne, um die Weißenfelser Straße umzugestalten und im Stadtrat 80 TDM eine wesentliche Rolle spielen. Diese Relation finde er nicht in Ordnung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich a b g e l e h n t

Der Stadtrat lehnte den Antrag ab.

Zu TOP 17 - Antrag der PDS-Fraktion - zur Einbeziehung der Stadt Halle

(Saale) in die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie im Hinblick auf eine eventuelle Bewerbung der Stadt

Leipzig um

die Austragung der Olympischen Spiele 2012/2016

Vorlagen-Nr.: III/2001/01267

Herr **Prof. Kiel**, PDS-Fraktion, begründete den Antrag und bat, heute zuzustimmen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, das Signal nach Leipzig habe sie schon vor

Wochen gegeben, so dass sie sich über die Aussage des zuständigen Beigeordneten wundere.

Wenn jetzt hier so beschlossen werde, werde sie aktiv werden und Herrn Tiefensee anschreiben.

Herr **El-Khalil**, CDU-Fraktion, meinte, der Vorschlag der Verwaltung, den Antrag in den Sportausschuss zu verweisen, halte er für völlig abwegig, denn dieser sei hierfür nicht zuständig. Man sollte den Antrag sofort abstimmen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. III/2001/01267 - Antrag der PDS-Fraktion - zur Einbeziehung der Stadt Halle

(Saale) in die Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie im Hinblick auf eine eventuelle Bewerbung der Stadt

Leipzig um

die Austragung der Olympischen Spiele 2012/2016

Davon ausgehend, dass die Stadt Leipzig beabsichtigt,

- mit Partnern der Region (derzeit: Dresden, Chemnitz, Riesa) eine Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012/2016 zu prüfen und
- zu diesem Zweck in Kürze eine Machbarkeitsstudie als Entscheidungsgrundlage für eine eventuelle Bewerbung in Auftrag zu geben,

wird die Oberbürgermeisterin

1. gegenüber dem Oberbürgermeister der Stadt Leipzig umgehend das Interesse der Stadt Halle (Saale) bekunden, in die Erarbeitung der vorgesehenen Machbarkeitsstudie einbezogen zu werden und
 2. über dieses Interesse auch die Regierung des Landes Sachsen-Anhalt zu informieren.
-

Zu TOP 18 - Antrag der MBL-Fraktion - Entsendung eines Stellvertreters

der Stadt Halle für die Regionalversammlung der
Regionalen

Planungsgemeinschaft Halle

Vorlagen-Nr.: III/2001/01270

Zu TOP 19 - Antrag der SPD-Fraktion - Nachwahl für ausgeschiedene
SPD-Mitglieder für die Regionalversammlung der

Regionalen

Planungsgemeinschaft Halle

Vorlagen-Nr.: III/2001/01272

Der Stadtrat wählte in einem Wahlgang in geheimer Wahl.

(Nach Beendigung des Wahlgangs wurde in der Tagesordnung fortgefahren. Das Ergebnis der Wahl wurde nach dem TOP Anfragen mitgeteilt.)

Beschluss Nr. III/2001/01270 - Antrag der MBL-Fraktion - Entsendung eines
Stellvertreters

der Stadt Halle für die Regionalversammlung der

Regionalen

Planungsgemeinschaft Halle

Herr Horst B e y e r wird als Stellvertreter des Stadtrates Wigmar Bressel für die MBL-Fraktion in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle (Saale) berufen.

Beschluss Nr. III/2001/01272 - Antrag der SPD-Fraktion - Nachwahl für ausgeschiedene
SPD-Mitglieder für die Regionalversammlung der

Regionalen

Planungsgemeinschaft Halle

Der Stadtrat wählt Herrn Tilo B i e s e c k e (bisher Stellvertreter) als Vertreter der Stadt Halle (Saale) in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft.

Der Stadtrat wählt Herrn Gottfried K o e h n als Stellvertreter für Herrn Tilo Biesecke in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle.

Der Stadtrat wählt Herrn Ulrich R i c h t e r als Stellvertreter für Herrn Johannes Krause in die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Halle.

Zu Anfragen von Stadträten

Nachstehend werden die Anfragen der Stadträte und die Antworten der Verwaltung wiedergegeben. Anschließend erfolgt die Niederschrift der Diskussion im Stadtrat.

**Zu TOP 21 - Anfrage des Stadtrates Mathias Weiland, HAL - Bündnis
90/**

DIE GRÜNEN - zum Wasserwerk der HWA Halle-Beesen
Vorlagen-Nr.: III/2001/01257

Herr Weiland, HAL-Fraktion, bedankte sich für die ausführliche Beantwortung. Auch zukünftig werde er jedoch nicht Zeitungsartikeln hinterher recherchieren, sondern gehe davon aus, dass es eine journalistische Sorgfaltspflicht gebe. Insofern erscheine ihm die Vorbemerkung der Beantwortung der Anfrage durch die Verwaltung als höchst überflüssig. Er fragte nach, ob die HWA eine Gegendarstellung von der "Volksstimme" verlangt habe oder ob eventuell ein presserechtliches Verfahren eingeleitet worden sei.

Herr Dr. Busmann, Beigeordneter für Planen und Umwelt, antwortete, soviel er wisse, sei das nicht geschehen, er werde aber der Sache noch einmal nachgehen.

**Zu TOP 22 - Anfrage der CDU-Fraktion - zur Genehmigung eines Wal-
Mart-SB-Warenhauses im Saalepark Günthersdorf**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01259

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 23 - Anfrage der CDU-Fraktion - betreffend die dezernats-
und**

ämterübergreifende Angleichung von Förderrichtlinien

Vorlagen-Nr.: III/2001/01268

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 24 - Anfrage der CDU-Fraktion betreffend die Einbringung
einer**

**Vorlage zur Problematik des Angebots an
Bürgerserviceleistungen durch die Verwaltung**

Vorlagen-Nr.: III/2001/01269

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, ging auf die Antwort der Verwaltung ein, in der geschrieben werde, dass eine entsprechende Vorlage im Zuge der Haushaltsberatung vorgelegt werde. Die Haushaltsberatungen seien jedoch in vollem Gange, das müsste also bald passieren.

Herr **Dr. Roscher**, Beigeordneter für Verwaltung, Personal und Ordnung, erklärte, nähere Informationen kämen in Kürze.

Zu TOP 25 - Anfrage der MBL-Fraktion - zur Sternstraße

Vorlagen-Nr.: III/2001/01271

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 26 - Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif, PDS - zur
Beschlussvorlage "Gesonderte Beratung und Betreuung
von
Personen nach § Landesaufnahmegesetz;
Beratungsstellen
außerhalb von Gemeinschaftsunterkünften im Jahr
2001"**
Vorlagen-Nr.: III/2001/01274

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Mündliche Anfragen

Herr Richter, SPD-Fraktion, bezog sich auf eine Anfrage der SPD-Fraktion vom 04.10.2000 zum Zustand des Gehweges Reilstraße/Ludwig-Wucherer-Straße in Höhe der ehemaligen Gaststätte Reileck. Damals habe die Verwaltung zugesichert, die Schäden noch im Oktober beseitigt würden. Das sei aber bis heute nicht geschehen. Wann werde das passieren?

Frau Oberbürgermeisterin Häußler sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Dr. Köck, PDS-Fraktion, äußerte, er habe heute der Presse entnommen, dass das Land hinsichtlich der Vergabe für die Landesinitiative "Pakte" entschieden habe. Halle habe sich auch beteiligt und er frage, ob die Stadt berücksichtigt worden sei.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete Frau Ministerin Kuppe habe ihr mündlich mitgeteilt, dass die Stadt dabei sei. Eine schriftliche Zusage habe sie nicht.

Herr Dr. Klapperstück, SPD-Fraktion, fragte zum Ratsinformationssystem. Es habe lange
Zeit
gebraucht, damit überhaupt etwas installiert worden sei wie Internetzugang. Er würde es
sehr

gern richtig nutzen. Er stelle jedoch mit Unzufriedenheit fest, dass dieses Informationssystem so gut wie nicht nutzbar sei. Es seien weder die Einladungen komplett vorhanden, noch gebe es wichtige Links zur Tagesordnung, zu den Beschlussvorlagen, zu Protokollen. Auf eine Anfrage von Frau Krischok im November 2000 hin habe die Verwaltung Besserung gelobt. Bis heute sei nicht zu erkennen, dass eine Besserung der Qualität eingetreten sei. Er frage an, wann mit einer ordentlichen Nutzung zu rechnen sei. Es seien nicht einmal die Termine aller Ausschusssitzungen notiert. Wann könne hier eine Zusage gegeben werden? Wann vor allen Dingen würden entsprechende Links zu den Beschlussvorlagen oder zum Protokoll erreichbar sein?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, dazu habe es schon eine ausführliche Beratung gegeben. Es gebe einige Hindernisse, die auch eine Geldfrage seien und die nicht so schnell beseitigt werden könnten. Eine konkrete Zeit, wann die Verwaltung soweit sein werde, könne nicht angegeben werden.

Herr **El-Khalil**, CDU-Fraktion, meinte, man spreche viel von einem zu schaffenden dritten Saaleübergang. Man habe einen: die Brücke Mansfelder Straße in Richtung Halle-Neustadt. Diese Straße sei aber nicht für den Pkw-Verkehr geöffnet. Er möchte wissen, warum. Er bat um eine schriftliche Antwort. Eine weitere Frage beziehe sich auf den Salzgrafenplatz. Dort würden Lieferfahrzeuge, die eine Gastronomieeinrichtung beliefern, von Politessen mit "Knöllchen" bedacht, während LKW tagelang dort parkten, mit einem Schein der Georg-Friedrich-Händel-HALLE ausgestellt. Auf welcher Rechtsgrundlage verteile die Stadt dort "Knöllchen"? Auch hier bitte er um eine schriftliche Antwort.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, ging auf die Umbauarbeiten am Dessauer Platz ein. Die Mittelinsel sei verkleinert worden, damit eine zusätzliche Abbiegespur eingerichtet werden konnte. Anwohner hätten berichtet, dass dort wiederholt die Leitplanken ausgewechselt worden seien, weil die Kurvenradien nicht in Ordnung seien. Könne Herr Heinrich das bestätigen?

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, antwortete, die Leitplanken seien nicht ausgewechselt worden, bevor die Baumaßnahmen abgenommen worden sei. Zuvor habe sich herausgestellt, dass die Baufirma die richtig projektierten Maße nicht eingehalten habe und es sei am Anfang keine Abnahme erfolgt. Die Baufirma habe dann die Leitplanken entsprechend des Projekts eingebaut. Nun könnten an dieser Stelle zur Zeit 300 Fahrzeuge mehr rechts abbiegen. Das sei eine optimale Veränderung für eine geringe Investitionssumme.

Herr **Geuther**, CDU-Fraktion, bezog sich auf in der Presse mitgeteilte personelle Veränderungen bei Amtsleitern. Wie im Hauptausschuss mitgeteilt wurde, sei dem nicht so.

Die Bevölkerung wisse das aber nicht. Sei das nicht dementiert worden?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte, sie habe sich über diese Pressemitteilung geärgert und sie hätte erwartet, dass genauer recherchiert worden wäre. Im

Hauptausschuss

habe sie über den wahren Stand informiert. Im Amtsblatt werde eine Information für die Bevölkerung gegeben.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, erklärte, die Oberbürgermeisterin habe - entsprechend dem Stadtratsbeschluss zum Erhalt des Bundeswehrstandortes Halle - den Stadtrat informiert, dass

sie einen Brief an Ministerpräsidenten Höppner geschrieben habe. Seien von der Verwaltung

nach Bekanntwerden der genauen Pläne um die Struktur der Bundeswehr, den Standort Halle

betreffend, noch Initiativen ausgelöst worden? Wenn ja, welche und wenn nein, warum sei es unterblieben?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, nach dem Brief an den Ministerpräsidenten habe die Stadt an einer Veranstaltung des Deutschen Städtetages teilgenommen, wo die Möglichkeit bestand, dazu Stellung zu nehmen. Sie habe außerdem mit Innenminister

Püschel

diskutiert, der deutlich gemacht habe, dass er keinerlei Möglichkeiten sehe, an der getroffenen

Entscheidung der Bundeswehr etwas zu ändern. Die Verwaltung habe daraufhin beschlossen,

sich nun darauf zu konzentrieren, beim Bund Unterstützung anzufordern für eine Nachnutzung des Standortes.

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, erinnerte an die im Dezember erfolgte Beauftragung der Oberbürgermeisterin, sich für den Verbleib der Stadt Halle mit drei Projekten im URBAN 21-

Programm einzusetzen, insbesondere für den Verbleib des Projektes Silberhöhe. Er frage, was sei in der Zwischenzeit getan worden und wie sei der Sachstand?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, sie habe schriftlich und mündlich mit denjenigen, die eine Entscheidung treffen, Kontakt aufgenommen. Man wisse aber, dass es mehr Anmeldungen gebe, als Zuschläge am Ende erfolgen könnten. Über den derzeitigen Stand könne sie nichts sagen; eine Entscheidung sollte im Februar erfolgen.

Frau **Schaffer**, PDS-Fraktion, wies darauf hin, dass am Hansering/Leipziger Straße die Bauaktivitäten sehr schleppend voran gingen. Welche Ursachen habe das?

Herr **Heinrich** antwortete, aufgrund der niedrigen Temperaturen in der vergangenen Zeit sei es

nicht möglich Pflasterarbeiten zügig durchzuführen. Zur Zeit würden im Wesentlichen bauvorbereitende Arbeiten getroffen. Sobald sich die Witterung bessere, gehe es mit verstärktem Kräfteeinsatz weiter.

Frau **Dr. Fiedler**, CDU-Fraktion, fragte nach dem Stand der Verhandlungen bezüglich des Standortes des Polizeipräsidiums.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, sie sei immer noch in der Diskussion; es gebe noch keine definitive Entscheidung. Hinweise deuteten darauf hin, dass großes Interesse von verschiedenen Seiten für eine Verlagerung des Standortes in die Innenstadt bestehe. Sie habe aber noch keine Zusage.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Herr **Bönisch** teilte das **Ergebnis der Wahlen** mit. Alle vier Bewerber hätten die erforderliche Stimmzahl erreicht: Herr Richter mit 45 Stimmen, Herr Beyer mit 39 Stimmen, Herr Biesecke mit 43 Stimmen und Herr Koehn mit 45 Stimmen.

Zu TOP 27 - Mitteilungen

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte zum **Universitätsplatz**. Die finanzielle Absicherung der Stufenkonstruktion sei nun einer Lösung zugeführt worden. Entscheidung und Umsetzung müssten parallel zu einander gemacht werden, denn man sei hier auf das Land angewiesen. Sie bat Herrn Dr. Busmann, nähere Erläuterungen zu geben.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, bat den Stadtrat um Verständnis und Mithilfe für dieses nicht gewöhnliche Verfahren. Im Fachausschuss werde er im März eine ausführliche Mitteilung zum Plan machen, der Stadtrat werde ebenfalls informiert.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** teilte zum Antrag der CDU-Fraktion, ein **mittelfristiges Straßeninstandsetzungsprogramm** vorzulegen, mit, dass die Verwaltung eigentlich zugesagt habe, im Januar dies einzureichen. In der Beigeordnetenkonferenz habe man festgestellt, dass es nicht richtig wäre, das jetzt im März in den Stadtrat zu bringen. Es werde in die Ausschüsse gehen, denn es sei ein umfangreiches Paket, das umfassend diskutiert werden sollte.

Frau **Prof. Vent**, HAL-Fraktion, machte deutlich, dass spätestens im April 2002 das **Procedere** mit der Treppe am Universitätsplatz abgeschlossen sein müsse, weil dann die **Festlichkeiten** zum Universitätsjubiläum beginnen.

Herr **Bönisch** informierte, dass die CDU-Fraktion **Akteneinsicht** in den Mietvertrag mit einer Kfz-Schilder-Firma beantragt habe.

Weitere Mitteilungen wurden nicht gemacht.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 18. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Panian

Stadt Halle (Saale)
Kommunalbüro

22.02.2001

N i e d e r s c h r i f t

**der Einwohnerfragestunde zur 18. Tagung des Stadtrates der Stadt
Halle (Saale) am 21.02.2001**

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 14.05 Uhr bis 14.10 Uhr

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates der Stadt Halle (Saale), Herrn Bernhard **Bönisch**.

Frau Monika **Richter** fragte nach dem Stand des Rechtsgutachtens zu den Stolperstufen in der unteren Leipziger Straße.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Stadt selbst sei nicht in der Lage ein Rechtsgutachten machen zu lassen, das habe das städtische Rechtsamt festgestellt; man würde damit gegen die eigene Versicherung vorgehen. Die Verwaltung sei jetzt dabei, sich intern eine Rechtsmeinung zu bilden.

Herr Ullrich **Till** ging auf die Vorlage unter TOP 08 - Umbau des städtischen Gebäudes Anhalter Platz 3 ein. Er fragte, inwieweit der Träger, der die Gaststätte am Anhalter Platz 3 übernehmen solle, den Nachweis erbracht habe, dass er fachlich geeignet sei. Wo liege der Nutzen dieser Einrichtung hinsichtlich der sozialen Gesamtsituation auf der Silberhöhe und welche Folgekosten entstehen?

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, in der Silberhöhe werde dringend eine Wohngebietsgaststätte benötigt. Das sei in vielen Diskussion zum Ausdruck gekommen. Der nicht mehr genutzte Jugendklub soll dazu umgebaut werden. Im Rahmen dieses Projektes "Soziale Stadt" habe man auch noch mit im Auge, Arbeitsplätze für arbeitslose Jugendliche zu schaffen. Das umgebaute Objekt soll an die Halleschen Jugendwerkstätten vermietet werden, die dort Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen und diese Gaststätte betreiben wollen.

Folgekosten entstünden dadurch nicht, weil die Halleschen Jugendwerkstätten dies mit ihrem wirtschaftlichen Betrieb abzusichern hätten. Auch sei eine Absprache mit dem Rechtsamt erfolgt, das in dieser Hinsicht eingebunden sei.

Weitere Anfragen gab es nicht.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die Einwohnerfragestunde.

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Eckert
Protokollführerin

Protokollantin: Panian